

Parlamentssitzung vom 02.12.2024

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19:00 – 22:00 Uhr

Vorsitz

Arlette Mürger (SP Frauen), Parlamentspräsidentin

Parlamentsbüro

Casimir von Arx (GLP), 1. Vizepräsident
Christine Müller (Grüne), 2. Vizepräsidentin
Selin Lopez (FDP), Stimmzählerin

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Roland Akeret (GLP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)
Kathrin Gilgen (SVP)
Janka Hamm (SP Frauen)
Andreas Hauser (GLP)
Roland Hofer (SVP)
Laura Hoffman (Junge Grüne)

Fabienne Marti (GLP)
Florian Moser (SVP)
Jürg Mosimann (Die Mitte)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Brigitte Rohrbach (SP Frauen)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Katja Streiff (EVP)
Roger Tanner (GLP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Brönnimann (GLP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Christina Aebischer (Grüne)
Dominic Amacher (FDP)
Rahel Gall (SP Frauen)
Dominik Fischli (Grüne)
Mark Kobel (FDP)
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

PAR 2024/107

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Bezeichnen der Datenschutz-Aufsichtsstelle (2025-2028)**
Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen
3. **Wirtschaftsstrategie der Gemeinde Köniz**
Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen
4. **Revision Reglement über die Energieversorgung und über Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes (Energieversorgungsreglement)**
5. **V2408 Dringliche Motion (GLP-EVP-Mitte-Fraktion, Grüne, Junge Grüne) "Option Wärmeverbund Bern-Wabern auch beim Neubau Schulraumerweiterung Morillon"**
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe
6. **V2407 Postulat (Grüne/Junge Grüne, SP/JUSO, EVP-GLP-Mitte) "Vergärungsanlage"**
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe
7. **V2406 Postulat (Parlamentsmitglieder Ortsteil Schliern) "Umgestaltung Zentrumsplatz Schliern"**
Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
8. **V2004 Motion (SP) "Ein System um Leben zu retten - AED in Köniz"**
Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen
9. **Verschiedenes**
Kenntnisnahme

Diskussion

Parlamentspräsidentin, Arlette Münger: Ich begrüsse euch ganz herzlich zur Parlamentssitzung vom 2. Dezember 2024. Thomas Brönnimann bestreitet heute seine letzte Parlamentssitzung und offeriert Häppchen und einen Umtrunk. Vielen Dank dafür.

Geburtstag seit der letzten Sitzung hatten Toni Eder, Selin Lopez und Andreas Hauser. Die Geburtstagsboten und -botinnen wurden vorgängig informiert und werden gebeten, während der Pause für die Jubilarin und die Jubilaren ein Geschenk aus dem Korb auszusuchen.

Dann hat mich noch ein Brief des Gemeinderates erreicht, darüber setze ich euch in Kenntnis. Wir werden euch diesen Brief schriftlich per Mail zukommen lassen, so wie dies bisher gehandhabt worden ist.

Vor euch liegen die Sitzungsgeldabrechnungen für das Jahr 2024. Das Sitzungsgeld für die heutige Sitzung wurde noch nicht erfasst, das erfolgt aber noch. Ich bitte euch, die Abrechnung zu kontrollieren und allfällige Unstimmigkeiten direkt an die Fachstelle Parlament zu melden. Diejenigen von euch, welche am 19. November 2024 an der Informationsveranstaltung der DPV im Gemeindehaus teilgenommen haben, dürfen sich gerne noch in der Liste eintragen, welche zirkuliert.

Dann kommen wir zu den Entschuldigungen: Vom Parlament entschuldigt sind Dominik Fischli, Mark Kobel, Rahel Gall, Dominic Amacher, Christina Aebischer und Reto Zbinden.

Hans-Peter Kohler ist vom Gemeinderat entschuldigt und Thomas Brönnimann wird später eintreffen. Es sind 34 Parlamentsmitglieder anwesend.

Der elektronische Aktenversand erfolgte am 5. November 2024, der Postaktenversand am 7. November 2024.

Damit kommen wir zum Traktandum 1, zur Traktandenliste: Da das Protokoll der Sitzung vom 4. November 2024 aufgrund personeller Engpässe noch nicht fertig gestellt werden konnte, beantrage ich die Verschiebung der Genehmigung des Protokolls auf die Sitzung vom 10. Januar 2025. Bei Fragen dazu, dürft ihr euch gerne an die Leitung Fachstelle Parlament, Chantal Fuchs, wenden. Gibt es weitere Anträge zur Traktandenliste? Gibt es Einwände gegen die von mir beantragte Verschiebung der Protokollgenehmigung? Dies ist nicht der Fall.

Beschluss

Die Traktandenliste wird mit der beantragten Änderung stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/108

Bezeichnen der Datenschutz-Aufsichtsstelle (2025 bis 2028)

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Mit Beschluss vom 9. November 2020 bezeichnete das Parlament Herrn Philipp Possa, Bern, für eine Amtsdauer von 4 Jahren (1.1.2021 bis 31.12.2024) als Aufsichtsstelle für Datenschutz.

Die Erfahrungen mit Herrn Possa sind gut. Dem Parlament wird deshalb beantragt, ihn für eine weitere Amtsdauer von 4 Jahren als Aufsichtsstelle zu bezeichnen.

Im Parlamentsantrag November 2020 stehen Ausführungen zur Totalrevision des kantonalen Datenschutzgesetzes. Diese Totalrevision ist beim Kanton immer noch in Arbeit. Die Beratungen im Grossen Rat beginnen erst im Frühjahr 2025, und das totalrevidierte KDSG wird frühestens im März 2026 in Kraft treten. Es ist nicht bekannt, welche Auswirkungen (wenn überhaupt) das neue KDSG für die Jahre 2025–2028 auf die kommunalen Aufsichtsstellen hätte.

Die Aufsichtsstelle für Datenschutz arbeitet unabhängig. Sie wird für die Gemeindeverwaltung, Gemeindebehörden und manchmal auch aufgrund einer Meldung von Privaten tätig. Von der Gemeindeverwaltung wird sie aktiv beigezogen, wenn eine unabhängige Einschätzung erwünscht ist oder wenn ihre Erfahrungen nutzbar gemacht werden können. Ab und zu kommt die Aufsichtsstelle von sich aus auf die Gemeinde zu.

Die Aufsichtsstelle legt jährlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab, dies in Form eines Tätigkeitsberichts, der jeweils unverändert im Jahresbericht der Gemeinde abgedruckt wird.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Herr Philipp Possa (Bern) wird für eine Amtsdauer von vier Jahren (1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2028) als Aufsichtsstelle für Datenschutz bezeichnet.

Köniz, 23. Oktober 2024

Der Gemeinderat

Diskussion

GPK-Referentin, Heidi Eberhard, FDP: Im November 2020 haben wir im Parlament Herrn lic. iur. Philipp Possa für vier Jahre gewählt. Die Gemeinde hat seither mit der damals gewählten Datenschutzaufsichtsstelle und Herrn Philipp Possa, Bern, gute Erfahrungen gemacht.

Die Aufsichtsstelle legt jährlich Rechenschaft über ihre Tätigkeiten ab, dies in Form eines Tätigkeitsberichts, welcher im Jahresbericht der Gemeinde abgedruckt wird. Die Kosten für die Datenschutzaufsichtsstelle belaufen sich je nach Aufwand jährlich zwischen CHF 14'000 und CHF 18'000.

Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Abstimmungsergebnis: Ebenfalls einstimmig.

Beschluss

Herr Philipp Possa (Bern) wird für eine Amtsdauer von vier Jahren (1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2028) als Aufsichtsstelle für Datenschutz bezeichnet.

(Abstimmungsergebnis: Stillschweigende Annahme)

PAR 2024/109

Wirtschaftsstrategie Köniz

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner ist in der Gemeinde Köniz in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Aktuell leben in Köniz knapp 44'000 Menschen, und es gibt knapp 21'000 Arbeitsplätze (einzelne Grossunternehmen, zahlreiche KMU und Fachbereiche der Bundesverwaltung). Als Wohn- und Arbeitsort ist Köniz gleichermassen attraktiv. Dass die Gemeinde gut positioniert ist, bestätigt auch das Rating des Handels- und Industrievereins HIV, das Köniz regelmässig einen Spitzenplatz zuweist. Einen Dämpfer in der Wirtschaftsförderung musste Köniz mit dem Wegzug der Swiscom hinnehmen. Es gingen Arbeitsplätze verloren und die angespannte Finanzlage der Gemeinde verschärfte sich zusätzlich. Unterdessen gibt es auch wieder erfreuliche Nachrichten, wie beispielsweise die Ansiedlung der Phoenix Pharma Switzerland im Businesspark Liebefeld.

Die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Köniz für innovative und nachhaltige Unternehmen ist weiterhin Teil der Legislaturziele 2022 – 2025 (Legislaturplan). Wesentlich ist der Schwerpunkt 1 "Attraktiver Lebens-, Bildungs- und Wirtschaftsstandort", Legislaturziel 1.4 "Köniz als Standort für innovative und nachhaltige Unternehmen fördern"; weiter sind aber auch die Legislaturziele 2.1 "Grossprojekte und Arealentwicklungen priorisieren" sowie 3.1 "Steuerertragskraft erhöhen" eng damit verbunden.

Um den Wirtschaftsstandort Köniz aktiv zu pflegen und zu entwickeln hat der Gemeinderat entschieden, Ziele, Zuständigkeiten und Massnahmen für das künftige Standortmarketing in einer Wirtschaftsstrategie zu definieren und die für eine erfolgreiche Umsetzung notwendigen Ressourcen zu sichern, den Austausch mit den Könizer Firmen weiter zu fördern und die Identität mit dem Standort Köniz zu erhöhen sowie die Attraktivität der Gemeinde als Standort für neue Firmen zu erhöhen. Für die Erarbeitung der Wirtschaftsstrategie Köniz und zur Unterstützung der Projektinvolvierten wurde mit der LOC AG, Zürich, eine externe Projektbegleitung beigezogen.

2. Vision der Wirtschaftsstrategie

Folgende Vision ist für die Umsetzung der Strategie wesentlich:

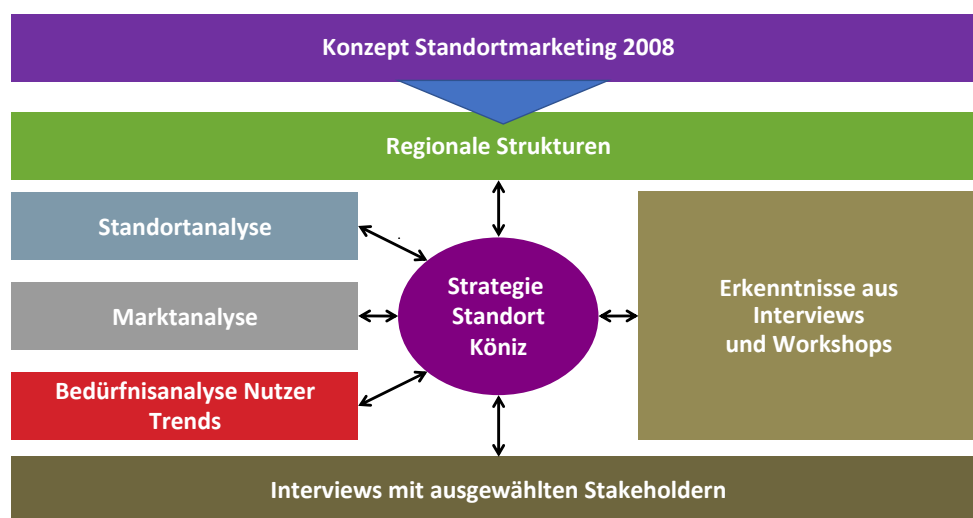
- Die Gemeinde Köniz strebt in ihrer langfristigen Entwicklung mit Zielhorizont 2040 an, langfristig ein Verhältnis von 2 : 1 zwischen Wohnbevölkerung und Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) zu erreichen bzw. zu halten. Damit soll der Anteil der Steuererträge von juristischen Personen gesteigert werden.
- Die Gemeinde Köniz verstärkt ihre Sichtbarkeit und aktive Pflege bereits ansässiger Unternehmen. Sie positioniert sich dabei gemäss ihren bestehenden Stärken als Standort für Bio-tech- und Medizinaltechnik, Sicherheits- und Labortechnik sowie Gebäudetechnologie.
- Ihre Schlüsselareale werden für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung für bestehende und neue Unternehmen aufbereitet, Entwicklungsthemen für die langfristige Entwicklung der Gemeinde sind identifiziert und werden in Projekten vertieft.

Bei der Bevölkerung, in der Politik und in der Verwaltung soll ein Verständnis für die Funktion, Wirkung und Bedeutung der Wirtschaft herrschen, die Stossrichtungen der Wirtschaftsstrategie sollen breit abgestützt und akzeptiert sein.

Der Gemeinderat hat sich im Rahmen seiner Wirtschaftsstrategie an den Nachhaltigkeitsdimensionen orientiert und berücksichtigt neben wirtschaftlichen auch gesellschaftliche und ökologische Ziele.

3. Vorgehensweise

Nebst der Auswertung von bereits bestehenden Studien und Konzepten und den Erkenntnissen aus Interviews mit Stakeholdern wurden die Standortanalyse, Marktanalyse sowie die Bedürfnisanalyse aus Nutzer:innensicht inklusive Trends vertieft.



4. Interviews mit ausgewählten Stakeholdern

Um eine Einschätzung zur Wirtschaft der Gemeinde Köniz aus Sicht der Akteurinnen und -akteure zu erhalten, wurden die wichtigsten Interessengruppen und Stakeholder in den Prozess einbezogen. Die Gruppeninterviews mit den Stakeholdern erfolgten im Zeitraum Juni – September 2023. Dabei waren rund 15 Teilnehmende von unterschiedlichen Könizer Unternehmen, rund 7 Teilnehmende aus dem Bereich Wissens- und Technologietransfer (WTT) und von ansässigen Bundesbetrieben, rund 4 Teilnehmende von der kantonalen, regionalen und bernischen Wirtschaftsförderung, ein Vertreter des HIV-Sektion Bern und als eigene Fokusgruppe verschiedene Fachrichtungen aus der Könizer Verwaltung.

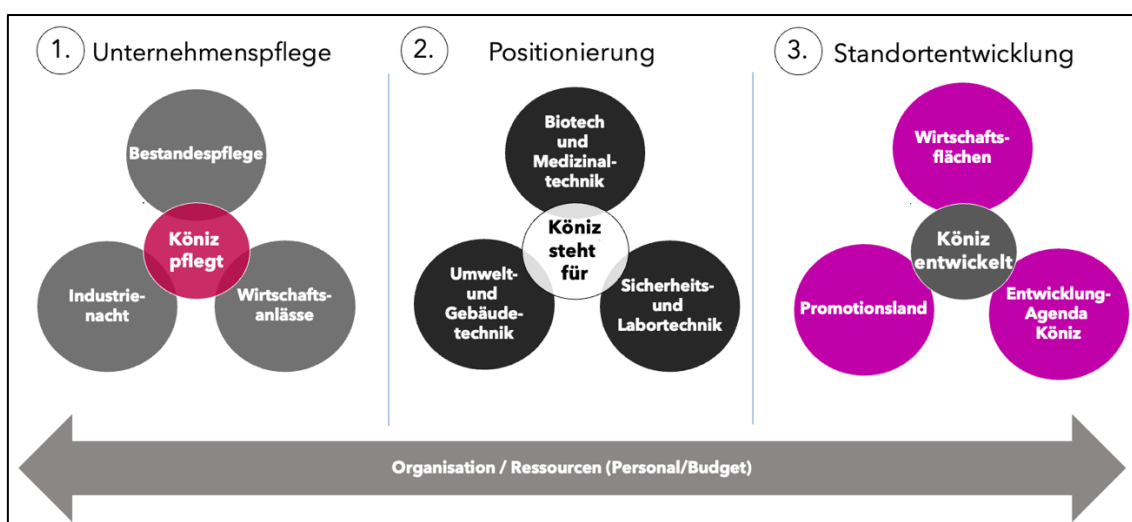
Die Interview-Runden wurden von den Teilnehmenden sehr geschätzt und aktiv genutzt, um Rückmeldungen zum Wirtschaftsstandort Köniz und der erwünschten zukünftigen Entwicklung zu machen.

5. Wirkung und Inhalte der Wirtschaftsstrategie

Die Wirtschaftsstrategie Köniz beabsichtigt, über breit verankerte Initiativen und Massnahmen im Rahmen einer aktiven Standortförderung ihre Wertschöpfungskraft positiv zu prägen. Dabei werden folgende Wirkungen beabsichtigt:

- Qualitatives Wachstum: die Beschäftigungs- und Arbeitsplatzentwicklung soll sich langfristig positiv und in attraktiven Wertschöpfungssegmenten entwickeln. Dabei wird ein Gesamtverhältnis von 2 : 1 in Bezug auf Einwohner- und Beschäftigungsentwicklung angestrebt. Die Beschäftigungsentwicklung nach Branchen wird dabei kurz- (jährliche Veränderung) und mittelfristig (4-Jahres-Veränderung) bewertet.
- Stärkung der Steuerkraft: Durch die geschaffene Wirtschaftskraft soll die Steuerkraft von Köniz langfristig positiv beeinflusst werden. Bei der Entwicklung der absoluten Steuerkraft (aus Kapital- und Gewinnsteuer) der juristischen Personen wird eine Entwicklung am kantonalen Mittel der Berner Gemeinden bzw. der grösseren Städte angestrebt.
- Durchmischte, attraktive Ortsteile: Über eine gezielte räumliche Entwicklung soll in Köniz Arbeiten wie Wohnen zur Standortattraktivität und einer guten Durchmischung der Funktionen (Stichwort: "15-MinutenGemeinde") beitragen. Damit wird ein zu starkes Wachstum bei den Pendelströmen vermieden.

Um dies zu erreichen wird die Wirtschaftsstrategie auf 3. Säulen aufgebaut: die Unternehmenspflege, die Positionierung und die Standortentwicklung. Diese Stossrichtungen sollen vertieft und mit entsprechenden Projekten und geeignete Massnahmen umgesetzt werden.



Der Betreuung der bestehenden Firmen wird grosses Gewicht beigegeben. Auch in diesem Zusammenhang ist die neue Veranstaltung einer Industrienacht zu verstehen. Diese Veranstaltung soll es den Firmen ermöglichen, sich selbst der breiten Bevölkerung aber auch potentiellen neuen Mitarbeiter:innen und zukünftigen Lernenden vor Ort im jeweiligen Betrieb zu präsentieren.

Bezüglich der Standortentwicklung wird es zentral sein, dass es gelingt mit diversen kantonalen und regionalen Ämtern und Verbänden ein Netzwerk aufzubauen. Dadurch wird sichergestellt, dass Köniz auf die "Landkarte" der einzelnen Ämter / Verbände gelangt und somit eine wesentliche Grundlage für Firmenansiedlungen geschaffen wird.

Für eine prägnantere Positionierung des Standorts Köniz wurden gezielte Schwerpunktthemen abgeleitet, welche sich einerseits direkt aus den Vorzügen des Wirtschaftsstandorts und seiner Branchen sowie der ansässigen Firmen ableiten lassen. Die Schwerpunktthemen werden bewusst so gewählt, dass diese auch im Rahmen der kantonalen Standortförderung angewandt werden, damit die Gemeinde Köniz bei der Zusammenarbeit besonders punkten kann.

Für alle weiteren Informationen, insbesondere für die Präsentation der konkreten Massnahmen, verweisen wir auf das Konzept Wirtschaftsstrategie Köniz.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Wirtschaftsstrategie Köniz.

Köniz, 23.10.2024

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Wirtschaftsstrategie Gemeinde Köniz

Diskussion

GPK-Referentin, Heidi Eberhard, FDP: Vorab besten Dank der Direktion Präsidiales und Finanzen für die Aufbereitung der Parlamentsunterlagen und an Frau Tanja Bauer für die Beantwortung der Fragen der GPK.

Die Wirtschaftsstrategie ist Teil der Legislaturziele 2022-2025:

- Der Schwerpunkt 1, "Attraktiver Lebensbildungs- und Wirtschaftsstandort", enthält unter anderem das Legislaturziel 1.4, "Köniz als Standort innovativer, nachhaltiger Unternehmen fördern".
- Der Schwerpunkt 2, "Gezielte nachhaltige Entwicklung der Gemeinde", enthält das Legislaturziel 2.1, "Grossprojekte und Arealentwicklungen priorisieren".
- Der Schwerpunkt 3, "Gemeindefinanzen sanieren", enthält das Legislaturziel 3.1, "Steuerertragskraft erhöhen".

Wirkung und Inhalt sind folglich qualitatives Wachstum, Stärkung der Steuerkraft, durchmischte attraktive Ortsteile. Die Wirtschaftsstrategie wird auf drei Säulen aufgebaut: Unternehmenspflege, Positionierung, Standortentwicklung. Das Dreisäulenprinzip soll eine optimale Ausrichtung ermöglichen.

Bei der Erarbeitung der Wirtschaftsstrategie Köniz wurde als Projektbegleitung die Firma LOC AG, Zürich, vertreten durch Herrn Remo Dagwati, gewählt. Die LOC AG ist eine bestens vernetzte Firma, mit welcher auch die kantonale Wirtschaftsförderung zusammenarbeitet. Das Kostenvolumen hat keine Ausschreibung bedingt.

Die in der Wirtschaftsstrategie aufgeführten Stärkungen des Standortes Köniz, sind nebst den bereits jetzt ansässigen KMU's - Ziel 1.4.2 "Austausch mit Könizer Firmen fördern" – Firmen der Biotech- und Medizinaltechnik, unter anderem Dr. Risch AG (Labortechnik), Haag-Streit AG (Medizinaltechnik), IDEXX Diagnostik (Tiergesundheit), Klöckner Pentaplast Schweiz (Spezialverpackung für Medizinprodukte) und die Bavarian Nordic Berna GmbH (Impfstoffunternehmen). Dazu kommen verschiedene Bundesämter mit einem engen Technologiebezug, welche ihren Sitz in Köniz haben: Das Eidgenössische Institut für Metrologie (METAS), das Bundesamt für Landestopografie (Swisstopo), das Bundesamt für Gesundheit (BAG), Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), mit seinem Institut für Virologie und Immunologie (IVI) sowie das Bundesamt für Landwirtschaft mit dem Standort für Agroscope.

Mit dem Inselspital, der Sitem-Insel AG sowie künftig auch der CSEM - das ist ein Technologieinnovationszentrum - sind drei wichtige Forschungs- und Entwicklungsdienstleister im Bereich Gesundheitswesen in unmittelbarer Nähe zu Köniz aktiv. In den Unterlagen, welche wir erhalten haben, wird auch die neue in Köniz domizilierte Phoenix Pharma erwähnt. Diese Firmen bilden einen bedeutenden Faktor für den Standort Köniz, da die Bundesämter und Institute nicht nur Fachpersonal binden, sondern oft auch im Austausch mit privaten Unternehmen ihre Dienstleistungen und Forschungsanstrengungen vorantreiben.

In der künftigen Vermarktung des Standorts Köniz werden dann auch folgende Schwerpunktthemen angeführt: Biotechnologie und Medizinaltechnik, Sicherheits- und Labortechnik, Umwelt- und Gebäudetechnik Energie-Cluster. KMU's, welche heute bereits hier sind, werden selbstverständlich nicht vergessen. Schlüsselareale für die Standortentwicklung soll mittels eines Wirtschaftsflächenmanagement benannt und bereitgestellt werden.

Mit der weiteren Verkehrsentwicklung Liebefeld, Station Wabern und dem aktiven Angehen des auf dem Gemeindegebiet vorhandenen potentiellen Verdichtungsareal, ergeben sich für Köniz Chancen, welche es zu nutzen gilt.

Die Wirtschaftsflächen, Business- und Laborflächen, sind auf Seite 7 der Strategie ersichtlich: Das Gewerbegebiet Moos, das Gewerbegebiet Gasel und das Blum-Areal in Niederscherli. Mit den Eigentümern wurden noch keine Gespräche geführt.

Das vorliegende Dokument ist eine Strategie, die Umsetzung und die damit verbundenen Massnahmen müssen zuerst noch definiert und verabschiedet werden. Die bei der Erarbeitung der Wirtschaftsstrategie genannte Fokusgruppe setzt sich nebst der Gemeindepräsidentin Tanja Bauer und Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Direktion Umwelt und Betriebe, aus weiteren leitenden Fachleuten der Gemeinde Köniz zusammen. Finanzen, Kommunikation, Portfolio-Management, Planungsabteilung, Abteilung Umwelt und Landschaft, Fachstelle Koordination Grossprojekte, Abteilung Verkehr und Unterhalt, Abteilung Immobilien Portfoliomanagement und Dienste sind also alle miteinbezogen worden. Weitere Teilnehmende der Workshops zur Erarbeitung der Wirtschaftsstrategie waren Vertreter und Vertreterinnen der Standortförderung und Raumentwicklung des Kantons Bern, Wirtschaftsverbände, Unternehmen aus der Privatwirtschaft, Start-up's, Jungunternehmer sowie Leitende der bereits genannten Bundesämter. Auch die Kostenfrage zu den in der Strategie erwähnten Business-Lunchs und Wirtschaftsapéros wurde beantwortet. Die Unternehmen laden zu den Lunchs ein, sie tragen die Kosten mehrheitlich. Beim Wirtschaftsapéro belaufen sich die Kosten zwischen CHF 4'500 und CHF 5'000. Hier beteiligen sich die Firmen teilweise.

Die Abklärungen haben ergeben, dass in der Gemeinde eine neue Stelle für die Wirtschaftsförderung geschaffen wird. Der Arbeitsbeginn dieser Fachkraft ist im Februar oder März 2025.

Die umfangreichen Fragen der GPK wurden von Tanja Bauer detailliert beantwortet, nochmals besten Dank dafür. Die Wirtschaftsstrategie Köniz, ein Instrument des Gemeinderates, liegt uns zur Kenntnisnahme vor:

- Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen Unterlagen vorliegen.
Abstimmungsergebnis: Einstimmig.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Wirtschaftsstrategie der Gemeinde Köniz zur Kenntnis zu nehmen. Abstimmungsergebnis: 6 zustimmend, 0 teilweise zustimmend, 1 ablehnend.

Fraktionssprecherin, SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Wirtschaftsstrategie. Sie ist der Ansicht, dass damit ein geeignetes strategisches Instrument vorliegt, um Köniz als Wirtschaftsstandort einerseits für neue Unternehmen attraktiver zu machen und andererseits die Beziehungen mit bereits ansässigen Unternehmen zu pflegen. Dafür braucht es ein Standortmarketing, genügend Ressourcen und - vor allem - eine Vision.

Dass sich die Strategie auf die Nachhaltigkeitsdimensionen ökonomisch, ökologisch und sozial stützt begrüsst die SP/JUSO-Fraktion ausdrücklich. Es bleibt zu beobachten, wie sich diese Dimensionen in der Umsetzung der konkreten Massnahmen manifestieren werden.

Mit der neu zu schaffenden Stelle "Wirtschaftsförderung" wird in die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Köniz investiert: Wenn eine Strategie erarbeitet wird, sollen auch genügend Ressourcen zur Umsetzung der abzuleitenden Massnahme vorhanden sein. Damit die Massnahmen greifen ist es wiederum wichtig, dass die Anliegen des Gewerbes von der Verwaltung aufgenommen und ein guter Austausch, auch mit übergeordneten Stellen bei Kanton und Bund, etabliert werden kann. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst daher die Schaffung eines "Single Point of Contact".

Besonders freut uns, dass die Kreativwirtschaft in die Strategie miteinbezogen wurde, wie dies der Gemeinderat in seiner Antwort auf unsere Interpellation vom 1. Mai 2023 angekündigt hat. Dass die Kreativwirtschaft in Köniz aktuell nicht als Positionierungs-, sondern als Entwicklungselement kategorisiert ist, ist nachvollziehbar, zumal keine belastbare Datenlage zu dieser Branche in Köniz vorhanden ist. Trotzdem erkennt der Gemeinderat das grosse Potenzial dieser Kreativbranche. Leider wurde unter "Entwicklungsagenda Köniz" nur auf die Vernetzung hingewiesen, der Link in der dazugehörigen Fussnote zu einem Luzerner Beispiel funktioniert leider nicht. Ich nehme an, es geht dort um ein Beispiel einer städtischen Förderung von Kreativbranchenprojekte 2016-2023, als 51 Projekte gefördert wurden. Und falls so etwas angedacht wäre, dann würden wir dies ebenfalls gutheissen.

Die Wirtschaft ist ein wichtiges Teilsystem unserer komplexen Gesellschaft und ihre Förderung kann daher nicht isoliert betrachtet werden. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst auch hier, dass in der Wirtschaftsstrategie neben dem Gewerbe auch das Wohnen, respektive das Verhältnis der beiden einbezogen wurde. Denn, es ist klar: Dort, wo eine gute Durchmischung von Gewerbe und Wohnen stattfindet, dort lebt eine Gemeinde erst.

Für erwerbstätige Eltern ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für Arbeits- als auch Wohnortsentscheide zentral. Aber auch für Unternehmen spielt sie für die Wahl eines Standorts eine Rolle: Neben "harten Standortfaktoren" wie Miet- und Bodenpreise sind auch "weiche Standortfaktoren" wie Kinderbetreuungsangebote relevant, wenn es darum geht, qualifizierte Mitarbeiter anzuwerben. Wenn Arbeitnehmer:innen ihre Familie und ihren Beruf "unter einen Hut" bringen können, profitiert die Wirtschaft. Diesen Befund stützen mehrere Studien, wie zum Beispiel das Chancenbarometer 2024. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit leistet zudem einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Es überrascht daher nicht, dass in die Wirtschaftsförderung auf allen Staatsebenen die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit einbezogen wird und als wirtschaftlichen Faktor behandelt: Das SE-CO führt sie als Teil der Fachkräftepolitik auf, sie findet sich auch in der Wirtschaftsstrategie 2025 des AWI und in der städtischen Strategie Zukunft Werkplatz Bern wieder.

Die SP/JUSO-Fraktion hat darum eine Planungserklärung eingereicht. Wir möchten den Gemeinderat beauftragen, den Fachkräftemangel als wirtschaftlichen Faktor für die Attraktivität von Köniz als Unternehmensstandort einzubeziehen und dabei einen besonderen Fokus auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zulegen. Er soll in der Wirtschaftsstrategie darlegen, welche Dienstleistungen er im Rahmen der vorhandenen Ressourcen leisten kann: Bereits gezielte Massnahmen zur Vernetzung, Sensibilisierung und Informationsvermittlung sind sehr sinnvoll.

Für eure Unterstützung danken wir euch. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt die Strategie zustimmend zur Kenntnis.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Laura Hoffman, Junge Grüne: Das folgende Votum ist von Dominik Fischli, welcher heute nicht anwesend sein kann. Darum halte ich es in seinem Namen.

Wir von den Grünen/Jungen Grünen danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die guten Unterlagen. Die Strategie, welche dargestellt worden ist, finden wir sinnvoll und nachvollziehbar. Der Fokus auf den bereits ansässigen Firmen unterstützen wir und die Standortstärkung für die ausgewählten Branchen finden wir gut. Das Konzept der 15-Minuten-Gemeinde kann in den dichter besiedelten Gebieten der Gemeinde Köniz eine Aufwertung von Lebensqualität für alle Anwohnende bedeuten und wir finden dies eine anstrengenswerte Vision.

Aus der Sicht der Grünen kann man diese Zukunftsvision noch besser gestalten: So sehen wir in Köniz das Potential einer nachhaltigen Wirtschaft, in welcher Firmen das Netto-Null-Ziel ernst nehmen und die Kreislaufwirtschaft, wo möglich in ihre Prozesse integrieren können. Dies mit dem Ziel, dass sich unsere Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenze bewegt und folgenden Generationen auch zu Gute kommt. Absolut sinnvoll ist es aus dieser Sicht auch, eine gute Kommunikation mit wirtschaftlichen Akteuren zu unterhalten und dieser Wirtschaft auch eine Plattform zu geben.

An dieser Stelle danken wir auch der Gemeindepräsidentin für ihr Engagement und für die gute Kommunikation, welche sie mit den Wirtschaftsakteuren betrieben hat. Eine Plattform für die Könizer Firmen kann man dann auch nutzen, um die Verdienste dieser Firmen im Zusammenhang mit der Klimastrategie zu betonen und weiter zu fördern. Alles in allem sind wir mit den vorgeschlagenen Strategien zufrieden und nehmen diese zustimmend zur Kenntnis.

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger: Auch ich halte das Votum im Namen von Dominic Amacher, welcher sich heute leider krankheitshalber abmelden musste.

Die FDP/Die Liberalen-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die vorliegende Strategie. Wir haben diese aufmerksam gelesen und vertieft diskutiert – schlussendlich fordert die FDP schon über Jahre hinweg eine proaktive Wirtschaftsförderung.

Es ist offensichtlich, dass alle in Köniz von nachhaltigen und innovativen Firmen profitieren können. Lokale Arbeitsplätze, nahe Lehrstellen, regionale Produkte, sind Folgen und das wiederum, bringt der Gemeinde Steuereinnahmen, von welchen wir alle profitieren. Wir erachten den Mix von 2:1 zwischen der Bevölkerung und den Beschäftigten als angemessen. Auch leuchten uns die in der Strategie aufgeführten Wirkungsziele ein. Die Vision Strategie nimmt wichtige Punkte auf. Es ist wichtig, dass ein Verständnis für die lokale Wirtschaft auf- und ausgebaut wird. Gerade in diesem komplexen Umfeld mit verschiedenen Branchen, verschiedenen Sektoren und verschiedenen Betriebsgrößen braucht es eine klare und einheitliche Stossrichtung.

Für uns ist auch klar, dass das Gewerbe und die Wirtschaftsfläche ein wichtiges Kriterium für die Entwicklung von Firmen ist. Firmen brauchen Planungssicherheit und langfristige Perspektiven und eine Akzeptanz sowohl von Politik wie auch von der Bevölkerung.

Wir begrüßen primär den Fokus auf die Pflege von bestehenden Firmen. Zufriedene Könizer Firmen machen die beste Werbung für potentiell neue Firmen. Das steht ausser Zweifel, sie kennen das Plus und sie kennen die Sorgen und die Herausforderungen am besten. Darum ist es wichtig, dass die Firmen ernst genommen werden. Dabei darf auch KMU Köniz nicht vergessen werden. KMU Köniz ist ein wichtiger Player im ganzen Konstrukt. Grundsätzlich begrüßen wir die aufgeführten Massnahmen bei der Unternehmenspflege. Networking ist wichtig.

Für die FDP ist auch zentral, dass bei neuen Firmen eine Welcome-Strategie gelebt und umgesetzt wird. Manchmal braucht es nur Kleinigkeiten, damit eine erfolgreiche Zusammenarbeit gestartet werden kann.

Zum Schluss möchten wir kurz zu den drei Schwerpunktthemen für die künftige Vermarktung des Standort Köniz Stellung nehmen: Es ist einleuchtend, dass es Treiber mit Strahlkraft braucht, das ist ausser Frage. Aber auch das normale Gewerbe und die Industrie können ihren Beitrag beisteuern. Wir wollen kein Klumpenrisiko, sondern einen vernünftigen Mix. Da sind wir mit der vorliegenden Wirtschaftsstrategie auf dem richtigen Weg. Es gilt nun, diesen nachhaltig umzusetzen und zu leben. Die FDP. Die Liberalen-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Wirtschaftsstrategie.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Fabienne Marti-Locher, GLP: Die neue Wirtschaftsstrategie Köniz, Untertitel Strategie- und Massnahmenplan, liegt vor. Wir danken dem Gemeinderat für die umfassenden Überlegungen. Wir schätzen, dass sich die Gemeinde über den Standort Köniz Gedanken macht und dass man Fragen, wie qualitatives Wachstum, Steuerkraft und durchmischte attraktive Ortsteile unter einen Hut bringen will.

Wir stellen zudem positiv fest, dass die Strategie unter Einbezug von Akteuren erstellt worden ist. Sieben Themen scheinen uns wichtig:

- Thema 1, Analyse: Gerade weil wir als Fraktion sehr an Wirtschaftsthemen interessiert sind - in unserer Fraktion tummeln sich Leute aus der Wirtschaft, aus Könizer KMU, Einzelunternehmen sowie mehrere Ökonome – wären wir sehr an der durchgeführten Analyse interessiert gewesen. Standortanalyse, Marktanalyse, Bedürfnisanalyse und Analyse von Trends, wurden erwähnt, doch leider fehlen diese in den Unterlagen, das wäre spannend gewesen.
- Thema 2, Politikbereich: Wir haben uns gefragt, wie der Zusammenhang der Analyse mit den weiteren Politikbereichen zu sehen ist. So spielen für die lokale Wirtschaft auch der Verkehr, die Sicherheit, administrative Belastungen der Unternehmen, die volkswirtschaftliche Struktur und aktuell der Fachkräftemangel eine massgebliche Rolle. Hier fehlen uns doch einige Bausteine, welche uns wichtig erscheinen. Insbesondere verspricht der Gemeinderat im Antrag den Bezug zur Nachhaltigkeit und zu ökologischen Zielen. Dies ist aus der Strategie, mit Ausnahme einer Fussnote, leider nicht ersichtlich.
- Thema 3, Strategien: Wichtig wäre uns, einen Link zu den übrigen Könizer Strategien herzustellen. Insbesondere zur Wohnstrategie und zur Finanzstrategie. Denkbar wäre auch der Link zu einer Wachstumsstrategie oder einer Steuerstrategie. Nur ein Arbeitsplatzwachstum ist für die Gemeinde doch nicht nur per se positiv. Darum die Frage: Sollte es nicht eine Strategie über die Strategien geben?
- Thema 4, Vernetzung: Wertvoll finden wir die Überlegungen zur engeren Verknüpfung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit im Sinne der 15-Minuten-Stadt. Das ist gerade vor dem Hintergrund des dezentralisierten Arbeitens und Homeoffice wichtig. Ebenfalls als gut eingeschätzt wird von unseren Unternehmensvertretern die Schaffung eines "Single point of contact". Hier müsste wahrscheinlich noch geprüft werden, ob eine bessere Koordination innerhalb der Verwaltung bereits helfen würde.
- Thema 5, Wirtschaftsflächen und Entwicklungsagenda: Es wird aufgeführt, dass das Konzept als Input für die Orts- und Siedlungsplanung verwendet werden soll. Angesichts dieser Wichtigkeit ist für uns dann aber doch nicht nachvollziehbar, wie die potentiellen Standorte identifiziert worden sind. So wirken auch einige Ideen in der Strategie noch zu wenig gereift. Zum Beispiel hat die Entwicklungsagenda eine Auflistung von ersten Ideen. Das widerspricht teilweise der Idee einer Strategie, welche ja Gehalt und längerfristig Bestand haben soll.
- Thema 6, Kommunikationsmassnahmen: Kritisch diskutiert haben wir in unserer Fraktion die Ausführungen zu diesen Kommunikationsmassnahmen, der Industrienacht und insbesondere den Apéros. Es ist fraglich, wie weit effektiv eine Aussenwirkung auftritt. Man darf nicht vergessen, dass solche Veranstaltungen gerade für die Beteiligten Unternehmen, viel Aufwand und Kosten verursachen. Vom geplanten Budget denken wir, dass nicht mehr als 20% für solche Aktivitäten verwendet werden sollen, denn Apéros gab es ja bisher schon und der Mehrwert einer Intensivierung schätzen wir als gering ein.

- Ganz kurz, Thema 7, Finanzen: Die Projektfinanzen sind uns nicht ganz klar aufgrund der Unterlagen. Es wird ein Bedarf an CHF 430'000 ausgewiesen, aufgelistet sind in diesen Tabellen nur CHF 54'500, das konnten wir nicht nachvollziehen.

Fazit: Wir sind insgesamt grundsätzlich positiv eingestellt, dass dieses Thema vom Gemeinderat aufgegriffen worden ist. Fraglich ist, wie weit eine lokale Wirtschaftsförderung wirksam sein kann. Wir schlagen darum vor, die Wirksamkeit und die Effizienz der Massnahmen in den nächsten Jahren genau zu evaluieren. Wie bereits erwähnt, ist uns der Fokus auf den Fachkräftemangel wichtig und darum unterstützen wir die Planungserklärung der SP.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion nimmt die Strategie mehrheitlich "teilweise zustimmend" und vereinzelt "zustimmend" zur Kenntnis

Fraktionssprecherin SVP, Kathrin Gilgen: Die SVP-Fraktion begrüsst es, dass die Gemeinde Köniz sich aktiv für die Könizer KMU Betriebe und angesiedelten Firmen einsetzt, diese pflegt und auch gemeinsame Anlässe mit ihnen durchführt. Auch eine aktive Rolle zu übernehmen und ein attraktives Standortmarketing zu betreiben ist sicher nötig. Auch gibt es in Köniz verschiedene, bereits bestehende Areale und Gebäude, welche gute Rahmenbedingungen in bester Erreichbarkeit und auch mit Entwicklungsmöglichkeiten aufwarten – besonders prädestiniert für die, in der Strategie hauptsächlich erwähnten Unternehmungen im Bereich von Biotech-, Medizinal-, Sicherheits- und Labortechnik sowie Gebäudetechnologie.

Diese generieren im Verhältnis zu Produktion und Logistik viel weniger Verkehr und brauchen weniger Gebäuderessourcen. Sie sind aber auch viel weniger "standortgebunden" und die Gefahr der Ausnutzung von Steuervorteilen und somit eines Wechsels des Standorts alle zehn Jahre ist als Risiko gegeben. Somit ist auch die Steigerung der juristischen Steuererträge nicht zwangsläufig gewährleistet und um Unternehmen anziehen und halten zu können, ist auch eine tiefe Steueranlage ein wichtiges Standortkriterium.

Mit grosser Besorgnis sehen wir aber folgenden Zielsetzungen entgegen:

1. Verhältnis 2:1 zwischen Wohnbevölkerung und Beschäftigten. Was heisst das genau? Wir haben ein durchschnittliches Bevölkerungswachstum von 400 Personen im Jahr (was mit der momentanen und zukünftig geplanten Bautätigkeit kaum abflachen wird und uns als SVP-Fraktion gar nicht gefällt - so ein Wachstum ist uns zu gross). 400 Personen, das heisst, es braucht pro Jahr 150 bis 200 neue Arbeitsplätze in Köniz – ein sehr ambitioniertes Ziel. Trotz Polizeizentrum und diversen Leerständen, heisst dies ganz klar: Einzonung von Bauland, was uns ab Seite 7 in der Strategie auch dargelegt wird.
2. Köniz entwickelt Wirtschaftsflächen und bildet Promotionsland für die produzierende Wirtschaft und das Gewerbe. Produzierende Betriebe generieren zwangsläufig mehr Verkehr und Emissionen, somit ist es nicht das Ziel, diese im urbanen Gebiet anzusiedeln. Es entsteht somit Baudruck auf die ländlichen Gebiete von Köniz.

Dazu haben wir noch eine Frage an den Gemeinderat: Die Abbildung 5, auf Seite 7, "Potenzielle Entwicklungsgebiete Gemeinde Köniz" - diese blauen und roten Punkte auf der Karte - ist in den Parlamentsunterlagen nicht identisch dargestellt, wie in der Veröffentlichung der Strategie auf der Webseite der Gemeinde Köniz vom 8. November 2024. Warum ist dies so? Dort sind, zusätzlich zu den blauen Punkten, ganze Gebiete blau gekennzeichnet. Besonders fällt dies im Wangental auf und es ist nicht schwierig festzustellen, was dort aus inhaltlicher Sicht der Strategie angesiedelt werden soll. Als SVP-Politikerin, wohnhaft im Wangental und Präsidentin des Ortsvereins Oberwangen teile ich mit euch nun meine und auch die Fraktionsmeinung zu diesem strategischen Vorhaben zwischen Niederwangen und Thörishaus, sozusagen flächendeckend produzierende Industrie anzusiedeln bzw. dort Bauland einzuzonen, mit den wichtigsten 3 Punkten mit:

- Punkt 1: Die Wangentaler Bevölkerung wehrt sich seit Jahren dagegen, dass die drei Dörfer Nieder-, Oberwangen und Thörishaus durch Bautätigkeit zusammen verschmelzen.
- Punkt 2: Das Wangental ist bereits stark geprägt von Industrie. Und zwar nicht von geruchloser und stiller Industrie, so beherbergen wir mit der Thommen AG eine grosse Recyclinganlage, mit der Weibel AG eine stark produzierende Teeranlage und ein gut funktionierendes Kies- und Betonwerk, um die drei grössten zu nennen, welche enorm viel Werkverkehr generieren. Dazu kommen weitere in Thörishaus und Oberwangen und in Niederwangen ist es ja wohl allen bekannt, dass dort noch sehr viel mehr Industrie angesiedelt ist. Alleine nur die Fahrtenzahlen, welches das Bauhaus generiert, ist ja in diesem Raum öfters ein Thema.

- Punkt 3: an der letzten Parlamentssitzung am 11. November setzte sich die SVP-Fraktion dafür ein, im Wangental zu Gunsten von Fruchtfolgeflächen, auf einen Teil der Bachrenaturierung des Bockli- und Studweidbaches zu verzichten und die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung zu belassen, um somit gute, regionale und nachhaltige Lebensmittel für die ständig wachsende Bevölkerung produzieren zu können. Wir haben – wie erwartet – keine Mehrheit gefunden. Das Parlament gewichtete das entstehende Naherholungsgebiet und die Biodiversität als wichtiger. Nun liegt vor uns eine Wirtschaftsstrategie, welche genau diese Fläche, als wichtiges Promotionsland ausscheidet und mit den Schlagworten wie zum Beispiel "Entwicklung von Wirtschaftsflächen bis zur Bau- und Realisierungsreife" oder "übergeordnete Planung von Standorten von kommunaler, regionaler und kantonaler Bedeutung" oder "das Konzept ist wichtig für die zukünftige Revision im Bereich Orts- und Siedlungsplanung" unterstreicht. Ist dies euer Wunsch oder euer Wille für diesen Bach?

Es ist vermutlich das erste Mal, dass mein Votum lang ist und ich nochmals nach vorne kommen muss, um in einem Einzelvotum weiter zu fahren.

Kathrin Gilgen, SVP: Es gäbe noch zu vielen Bereichen etwas zu sagen – ich picke nun noch die Aussage unter Punkt 2 des Parlamentsantrags hervor: "Bei der Bevölkerung, in der Politik und in der Verwaltung soll ein Verständnis für die Funktion, Wirkung und Bedeutung der Wirtschaft herrschen". Ja, das ist ein wichtiger Punkt und die Politik und die Verwaltung muss dies vorleben. Wenn ich mich drei Jahre zurück erinnere und daran denke, was für ein Engagement es damals im Parlament gebraucht hat, um das Könizer KMU, insbesondere die Friedhofgärtnereien und die Könizer Gartenbauunternehmungen, vor den Ideen des Gemeinderates, sprich "Grün Köniz" zu beschützen. Diese Episode war weit weg von "wirtschaftsfreundlich" und hinterlässt sicher bis heute in diesen Kreisen einen faden Nachgeschmack.

Insbesondere die Nennung von KMU's vermissen wir ein bisschen in dieser Strategie, sind sie doch ein wichtiger Pfeiler in der Könizer Gesellschaft und leisten grossartige Arbeit, wie auch die "Land-Wirtschaft".

Die SVP Fraktion nimmt "teilweise zustimmend" bis "ablehnend" Kenntnis von der Wirtschaftsstrategie.

Dies ist mein letztes Votum in diesem Jahr gewesen - hoffe ich zumindest - und ich möchte deshalb noch kurz zu einem anderen Thema etwas sagen: Heute steht eine Kerze in der Mitte auf dem Tisch. Ihre Flamme soll uns alle in die Adventszeit einstimmen und uns an die besinnlichen Werte dieser Zeit erinnern. Ich hoffe, dass wir uns alle im Anschluss beim anschliessenden Apéro, wo es nötig ist, mit Worten, Gesten oder Blicken versöhnlich stimmen können und einen guten Abschluss dieses Parlamentsjahres zusammen geniessen können.

Und apropos Abschluss des Parlamentsjahres: Nicht wahr, Arlette Münger, dann ist man nervös auf die erste Sitzung hin, und dann plötzlich ist es die letzte und alles ist bereits vorbei. Die SVP-Fraktion bedankt sich von Herzen bei dir für deine gute Parlamentsführung in diesem Jahr 2024. Wir sind alle der Meinung, du hast dies sehr gut gemacht. Und damit kommen wir zurück zu dieser Kerze: Heute Abend ist sie für alle da, aber ab morgen nur für dich und deine Familie. Sie soll dir in dieser Adventszeit viel Freude bereiten und wenn du in diese Flamme schaut, dann soll sie dir die schönen Momente deines Präsidialjahres nochmals in Erinnerung rufen. Sollte diese Flamme, was ich nicht hoffe, dann trotzdem einmal Bilder von Briefen, leeren Sitzplätzen oder Trudi Gerster zeigen, dann rate ich dir, blase diese Kerze einfach aus.

Ronald Sonderegger, FDP: Zu diesem Antrag: Das Thema Fachkräftemangel ist ein wichtiger Faktor, das ist auch der FDP klar und auch für uns wichtig. Aber die FDP findet einstimmig, dass dies hier nicht in die Wirtschaftsstrategie der Gemeinde gehört. Darum lehnen wir den Antrag einstimmig ab.

David Müller, Grüne: Nur noch ganz kurz: Die Erläuterungen von Kathrin haben bei uns noch gewisse Fragezeichen aufgeworfen, bezüglich Promotionsland etc. Wir haben dies bei uns etwas anders diskutiert, vielleicht hatte ich auch einfach die falsche Grafik, ich weiss es nicht - ich habe nur eine gefunden.

Doch grundsätzlich ist in unseren Augen auch eine aktive Bewirtschaftung dieser Flächen im Kontext der Siedlungsentwicklung gegen innen möglich. Doch wir wären diesbezüglich um eine Erläuterung froh, wie dies konkret zu verstehen ist.

Die Planungserklärung der SP werden wir unterstützen.

An dieser Stelle auch noch ganz kurz, wenn ich schon hier stehe: Ich möchte mich auch noch ganz herzlich für deine Sitzungsleitung während des ganzen Jahres danken - auch für den zum Teil vehementen Einsatz, welcher manchmal nötig war. In diesem Sinn, danke vielmals, hast du uns so gut durch das Jahr hindurch geleitet.

Sandra Röthlisberger, GLP: Ich muss doch noch etwas sagen, nach dem Votum von dir Kathrin: Mir gefällt diese Strategie, aber ich lese sie tatsächlich so, dass sie zu Lasten des Wohnens geht. Das Verhältnis 2:1, das haben wir heute noch nicht. Wohnen, Arbeiten, Durchmischungen sind die Stichworte. Ich finde dies auch sehr wichtig.

Ich erinnere an die Station Oberwangen, da haben wir eine Planung verabschiedet, welche null Anteil Arbeit beinhaltet, also reines Wohnen. Man kann dort auch arbeiten, aber die Pflicht des Arbeitens, war dort nicht Teil dieser Planung. Da müssen wir dann doch genauer hinschauen, denn wenn wir dies nicht machen, wenn wir keine gemischten Zonen ausscheiden und planen, dann muss man sich schon fragen, wo denn überhaupt so viel gearbeitet werden kann. Ich bin auch der Meinung, Gewerbe und Industrie, das braucht Zonen an guten Lagen, das soll nicht einfach ins Wangental kommen. Ich finde, dort müssen wir auch Durchmischung leben, auch bei Gewerbe und Industrie.

Und vielleicht als Fazit: Wirtschaftsförderung ist primär Raumplanung, das ist richtig. Auch Vereinbarkeit ist Nutzungsplanung - Verfügbarkeit von Flächen und Art der Nutzung, um das geht es letztlich und nicht um Apéros. Darum frage ich mich, warum diese Wirtschaftsförderung nicht bei der Raumplanung angesiedelt ist, denn dort gehört sie nämlich hin. Dort ist die Diskussion, welche wir führen müssen und ja, Kathrin, diese Diskussion müssen wir noch führen, diese ist mit diesem Papier noch nicht abgesegnet.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ich habe grosse Freude, dass wir euch heute diese Wirtschaftsstrategie präsentieren können und es freut mich auch, dass ihr diese so eingehend diskutiert habt - zum Teil kontrovers, zum Teil sehr wohlwollend. Mich dünkt es, das ist ein Zeichen, dass ihr euch wirklich damit auseinandergesetzt habt und es euch auch wichtig ist und das freut mich ehrlich. Ich danke zuerst der GPK-Referentin Heidi Eberhard, welche die Wirtschaftsstrategie bereits in aller Ausführlichkeit vorgestellt hat und das sehr gut. Darum werde ich jetzt nicht nochmals wiederholen, was du gesagt hast.

Es ist tatsächlich so, dass dies ein Thema ist, welches uns alle betrifft und beschäftigen sollte. Ich konnte in den letzten zwei Jahren sehr viele Könizer Unternehmen besuchen und mir ein Bild verschaffen - das waren auch Gartenbauunternehmen, das war auch die Thommen Recycling, das waren auch Unternehmen im Industriebereich, aber auch im Dienstleistungsbereich. Wir haben eine grosse Vielfalt am Werkplatz Köniz und es freut mich, dass wir heute einen Scheinwerfer auf diesen Werkplatz richten können. Es ist absolut nicht selbstverständlich, dass wir so viele verschiedenen Branchen aus allen Sektoren inkl. der Landwirtschaft hier haben. Es ist wirklich sehr selten, dass wir diese Vielfalt auch im Bereich Wirtschaft haben und das ist etwas, was wir auch pflegen müssen. Denn es ist nicht selbstverständlich, dass dies so bleibt, wie es ist. Heute haben wir dieses Verhältnis 2:1, doch dieses Verhältnis ist in Zukunft nicht einfach so gegeben. Und das liegt sicherlich daran, dass wenn wir uns weiterentwickeln, dass es einen sehr hohen Druck auf das Wohnen gibt. Teilweise ist dies richtig, aber teilweise ist es sicher auch nicht im Sinne der Bevölkerung, unserer Quartiere, dass dieses Verhältnis zu sehr zu Lasten des Wohnens verändert wird. Denn wir wissen, wenn es nur noch Wohnen gibt, dann fehlt eben auch die wichtige Dienstleistungsfunktion, welche viele in der Bevölkerung sehr gerne haben. Da geht es um das Thema Läden, um das Thema Restaurants, um das Thema Post - all diese Themen, welche uns im Alltag beschäftigen und wir vom Gemeinderat sind der Meinung, dieses Verhältnis ist ein sehr kluges Verhältnis, wenn man nachhaltige Quartiere haben möchte.

Das bedingt von uns eine Anstrengung, es bedingt aber von uns auch, verschiedene Aspekte anzugehen. Wenn ich die Unternehmen besuchen gehe, dann haben sie meistens ganz konkrete Probleme. Das sind Probleme, welche dieser "Single point of contact" lösen soll. Wir haben zuvor gehört und es ist mir ganz wichtig, dies hier nochmals zu betonen: KMU's und alle bereits ansässigen Unternehmen, sind uns sehr wichtig und für diese ist natürlich diese Unternehmenspflege absolut zentral. Das sind Unternehmen, welche heute bereits sehr viel Einsatz leisten für unsere Gemeinde, für unseren Standort, welche zum Teil enorm treu sind und überhaupt nicht nur ihre Vorteile suchen. Und diesen wollen wir zuallererst einen guten Service bieten. Und dieser gute Service soll dieser "Single point of contact" bieten, das ist genau das, was auch eine Rednerin gesagt hat: Wir wollen, dass die verschiedenen Gemeindeabteilungen gut koordiniert sind.

Oft braucht man nämlich verschiedene Abteilungen, wenn man etwas als Unternehmung will und manchmal ist es nicht so einfach, dies zielgerichtet und schnell zu erhalten und da können wir uns schlicht und einfach verbessern. Da geht es um Baugesuche, da geht es darum, dass man eine PV-Anlage auf das Dach bauen will, das geht um Verkehrsthemen. Manchmal geht es um ganz spezifische Sachen, welche ein Unternehmen braucht, oft eilt es und dann ist man froh, wenn man eine Ansprechperson hat, bei welcher man weiss, dass diese dieselbe Sprache spricht und dass diese etwas davon versteht und bei welcher man die ersten Fragen vielleicht schon ganz einfach klären kann. Das wäre genau das für die ansässigen Unternehmen. Das ist das, was am Meisten in diesen Interviews erwähnt wurde, bei welchen übrigens auch KMU Köniz eingebunden war. Das ist ein ganz wichtiger Punkt: Zuerst pflegen wir mal jene, welche bereits hier sind.

Dann wurde aber auch gesagt, dass wir an die Zukunft denken müssen. Wir haben jetzt bereits über das 2:1-Verhältnis gesprochen und darüber, wie wichtig die Raumplanung für die Wirtschaftsförderung ist. Das hat der Gemeinderat ebenfalls erkannt. Und wir haben dort zwei Themen, welche sehr wichtig sind: Das eine ist, wir haben heute bereits Areale, welche bestimmt sind und bei diesen Arealen ist bereits ein Teil Wirtschaft festgelegt. Als Beispiel: Liebefeld-Mitte. Liebefeld-Mitte soll 20% Arbeiten haben, das ist heute bereits so. Die Frage ist, wie entwickeln wir diese 20% Arbeit? Wie soll dies gehen? Soll dies vor allem Erdgeschoss-Nutzung sein? Unsere Erfahrung ist, dass dies nicht allen Unternehmen dienlich ist und dies nicht immer unbedingt funktioniert. Oder wollen wir hier auch bei der Entwicklung etwas mehr auf die Bedürfnisse eingehen, so dass dann eben nicht alle Unternehmen im Wangental sind? Denn viele sind auch im Liebefeld, das ist ebenfalls ein super Standort. Aber dann muss man überlegen: Welchen Teil von Liebefeld-Mitte? Soll dieser ganz abgetrennt werden oder ist dieser an einem spezifischen Ort? Wie ist die Verkehrsanbindung in diesem Bereich? Es stellen sich sofort sehr viele raumplanerische Fragen und es ist uns sehr wichtig, dass jene Areale, welche wir eingezont haben, dort wo etwas passieren soll, dass diese gut entwickelt werden.

Und dann kam die Frage und diese geht um die ganze Weiterentwicklung, um das Wirtschaftsflächenmanagement: Da liegt vielleicht ein Missverständnis bei der SVP vor. Diese Wirtschaftsflächenplanung, diese gibt es ja heute noch nicht. Diese soll noch gemacht werden und jene, welche heute gilt, diese ist in der Ortsplanungsrevision enthalten. Diese gilt. Die Weiterentwicklung der Wirtschaftsflächenplanung, diese geschieht über die Richtplananpassung. Dort, wo wir auch die Debatte führen, welche neuen Wohnbereiche ausgedehnt werden sollen. Und dort muss man eine Debatte führen, wie wir uns dies vorstellen. Dafür braucht es einen Input für die Raumplanung, das sagt auch unsere Raumplanung. Diese sagt, die Raumplanung braucht einen Input für die Schulraumweiterentwicklung, für die Wärmeversorgung, für den Bereich Biodiversität, für all diese Spezialbereiche braucht es einen Input für die Raumplanung. Und die Wirtschaft ist eben auch ein solcher Bereich, wo es einen klaren Input für die Richtplanung braucht.

Und vielleicht auch noch, um der SVP dort die Angst zu nehmen: Es geht uns durchaus nicht nur um das Wangental, aber das Wangental ist ein sehr wichtiger Wirtschaftsstandort für uns, das darf man auch sagen und wertschätzen. Es geht aber durchaus auch um Wabern, um Liebefeld, es geht klar um Niederwangen, es geht auch um Köniz. Köniz hat eine ganz grosse Arbeitszone hinter dem Bahnhof. Das heisst, es gibt heute bereits bestehende Arbeitszonen, welche man vielleicht besser ausnützen kann, wo man besser verdichten kann, wie wir dies auch beim Wohnen machen. Und wir wollen uns all diese Überlegungen ebenfalls machen. Es gibt heute keinen Zentimeter Promotionsland zusätzlich zur Ortsplanung. Uns ist einfach wichtig, dass wir in der Zukunft all diese Sachen gut abwägen und uns nicht einzig auf das Wohnen ausrichten, weil wir denken, dass dies absolut nicht nachhaltig ist.

Dann zur Positionierung: Mir ist auch bei der Positionierung wichtig zu erwähnen, dies sind diese Sektoren, wo wir quasi eine Trumpfkarte haben, welche wir auch spielen sollten. Ihr habt die Positionierung gesehen, diese ist auch auf die kantonale Wirtschaftsförderung ausgerichtet. Wir haben im Bereich Medizinal und Labor wirklich enorm viele Trumpfkarten, welche wir spielen können, aber eben auch in der Gebäudetechnik oder in anderen Bereichen, welche dann vielleicht wieder für die Kreislaufwirtschaft und auch für das Netto-Null-Ziel relevant sind. Und diese Trumpfkarten muss man spielen, was nicht heisst, dass all diese Unternehmen, welche sonst hier sind, für uns nicht relevant sind. Darum haben wir ja als wichtigstes und erstes Ziel auch die Unternehmenspflege.

Es sind also ziemlich komplexe Zusammenhänge, darum haben wir mit dieser Wirtschaftsstrategie einfach einmal einen ersten Schritt gemacht. Wir wollen jetzt mit den Massnahmen weiter daran arbeiten. Wir haben ganz klar Verknüpfungsmöglichkeiten zu anderen Strategien. Die Wohnstrategie habe ich bereits erwähnt, das passiert natürlich über die Richtplanung. Der Gemeinderat ist der Meinung eine Strategieanpassung sollte eigentlich in der Richtplanung vorgenommen werden.

Darum soll dann alles auch in der Richtplanung zusammenkommen, damit ihr dies dann auch konsolidiert seht, wie wir uns denn das Gesamte vorstellen. Nicht isoliert die Wirtschaft, nicht isoliert nur das Wohnen oder isoliert nur die Schulen oder isoliert nur die Wärmeversorgungen - das muss ein Ganzes geben, mit welchem wir euch dann auch überzeugen können, auch für die nächsten Generationen, wie es weitergehen soll.

Und dort muss dann auch die Diskussion stattfinden, welche die SVP angestossen hat: Wie viel zusätzlich? Für die nächsten Jahre ist dies in der Ortsplanungsrevision definiert. Alles, was zusätzlich ist, darüber haben wir schlicht noch nicht gesprochen. Diese Debatte wird kommen, muss kommen und dann wir hier sicherlich auch eine kontroverse Debatte stattfinden und ich finde dies auch richtig. Das war jetzt einmal das "Over all". Jetzt sage ich noch ganz kurz etwas zu den einzelnen Fraktionsvoten:

Bei der SP: Danke für den Hinweis, dass der Link nicht funktioniert, dem gehen wir nach. Die Planungserklärung konnten wir im Gemeinderat nicht besprechen, ich kann einfach allgemein sagen, das ist auch von vielen Unternehmungen gekommen. Dieses Fachkräftethema ist unbestritten ein Thema - ob es jetzt aufgeführt ist, oder nicht. Wir haben auch andere Themen wie Verkehr oder wie Wohnen nicht explizit aufgeführt, da wir dort andere Strategien haben. Insofern kann man es integrieren oder nicht, es ist ganz sicher ein wichtiges Thema, auch für die Unternehmen.

Bei den Grünen, danke auch für die positive Erwähnung der 15-Minuten-Gemeinde. Das ist eben genau unsere Idee, dass die Richtplanung am Schluss auch nicht unbedingt expandieren und neue Gebiete einzonen muss, sondern vielleicht haben wir auch in den bestehenden Gebieten dieses famose innere Verdichtungspotential, über welches so viel gesprochen wird, welches zum Teil gut funktioniert. Vielleicht haben wir noch ganz viel Potentialverbesserungen für die Bevölkerung zu machen, indem wir Quartiere eben auch so planen, dass neue Sachen entstehen, welche wieder allen zu Gute kommen. Dass es eben wieder Läden oder die Möglichkeit eines Postangebotes gibt oder Restaurants, welche zum Teil verloren gegangen sind. Dass man eher auf die innere Verdichtung setzt. Das ist hier auch eine Aussage, welche wichtig ist.

Der FDP danke ich sehr für die positive Aufnahme. Mir ist es wichtig zu sagen, dass wir besonders mit KMU Köniz sehr eng zusammen gearbeitet haben. Auch mit dem HIV Region Bern, welcher sehr viel Interesse hatte. Und beide sind Teil des Vereins Industrienacht. Dieser Verein Industrienacht organisiert die erste Industrienacht und das ist nicht ein "Cüpli-Anlass", sondern da geht es um MINT-Beruf-Förderung und das ist von den Unternehmen explizit gewünscht worden. Das machen wir jetzt nicht alleine als Gemeinde, sondern eben mit diesen Verbänden zusammen, so, dass wir etwas machen können, das dann auch wirklich nützlich für die Unternehmen ist, weil es für sie auch Aufwand bedeutet. Die Unternehmen werden angefragt und jene, welche mitmachen wollen, haben dann auch die Möglichkeiten, ihr Lehrstellenangebot zu präsentieren.

GLP, zur Analyse kurz: Viele Fragen können wir dann auch noch im direkten Austausch anschauen, es kamen sehr viele Fragen. Die Analyse existiert natürlich, das ist ein sehr umfangreiches Papier. Es sind zum Teil sehr viele Informationen auch von den Unternehmen aus diesen Interviews enthalten. Aber wenn Bedarf besteht, können wir dies gerne der GPK oder auch dem Parlament abgeben. Ich denke, es ist beinahe etwas zu detailliert und enthält etwas zu viel Hintergrundinformationen, aber es ist nicht direkt vertraulich, man kann dies durchaus anschauen. Es wurde von diesem Experten erstellt, es ist nicht in allen Punkten eine Massnahme, es ist einfach mal eine Sicht von aussen auf Köniz, welche ich sehr interessant finde und welche ihr sehr gerne lesen dürft.

Zur Finanzthematik: Das ist sehr stark davon abhängig, was man für die einzelnen Areale machen will. Wir gehen davon aus, wir haben einmal einen Rahmen definiert, aber von diesem Geld ist nicht alles beantragt, sondern, wenn wir jetzt zum Beispiel im Liebefeld-Mitte weiter entwickeln, können wir dort durchaus einen Kredit separat für die Entwicklung dieser Wirtschaftsflächen beantragen. Aber das würde beantragt werden, das haben wir jetzt nicht einfach irgendwo eingestellt, weil wir finden, das muss man pro Projekt, wie jeden anderen Kredit auch, hier beantragen. Das ist nicht etwas, das man jetzt bereits genau sagen kann. Es kommt darauf an, wie viele dieser Projekte wir schaffen. Wichtig ist diese Stelle, wichtig ist, dass wir ein gewisses Budget haben, so wie wir dies auch in anderen Bereichen haben, damit wir eine Industrienacht durchführen oder damit wir kleinere Sachen für die Unternehmen verbessern können. Aber die grossen Beträge müssen hier beantragt werden.

Dann die Zuteilung bei der Raumplanung, das stand auch zur Debatte. Bei uns war aber auch noch die Frage, ob man es vielleicht den Immobilien, dem Portfolio-Management, übergeben möchte, das hätten wir beinahe noch als logischer erachtet. Und das hat man mit den beiden Abteilungen auch sehr eng diskutiert. Von beiden Abteilungen kam zurück, dass sie sehr froh um eine enge Zusammenarbeit wären, aber dass man das spezifische Fachwissen heute nicht im Haus habe und dies mit dieser Stelle geschaffen werden soll.

Aber es wird eine interdisziplinäre Zusammenarbeit brauchen und klar ist, die Hoheit über den Richtplan hat dann natürlich am Schluss das Parlament.

Noch ganz kurz: Zur SVP habe ich bereits einige wichtige Sachen gesagt, welche vielleicht etwas auf Missverständnissen beruht haben. Mir ist wichtig, hier nochmals zu sagen, dass uns die Industrie- und Gewerbebetriebe sehr wichtig sind. Wir sind überhaupt nicht der Meinung, dass Köniz nur noch Dienstleistungen und stilles Gewerbe haben soll. Auch die Landwirtschaft ist uns sehr wichtig und uns ist auch klar, dass nicht alles in einem Ortsteil sein kann oder dass nur jemand die Emissionen tragen muss. Vielmehr möchten wir es auch durch die Raumplanung so machen, dass es möglichst eine gute Verteilung in der Gemeinde gibt und auch eine Win-win-Situation, auch wenn mir klar ist, dass dies nicht in jedem Fall möglich sein wird. Aber diese Argumente habe ich sicher gehört. Dies ist ein Thema, welches wir sicherlich in der Richtplanung nochmals besprechen werden.

Insgesamt freue ich mich, dass ihr dies positiv aufnehmt. Es ist ein Weg, welchen wir zusammen gehen und wir werden noch viele Diskussionen haben und ich freue mich über diesen Stellenwert und das Gewicht, welche wir der Wirtschaft in der Gemeinde Köniz mit dieser Strategie geben können.

Beschluss über Planungserklärung

Das Parlament stimmt dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion für folgende Planungserklärung zu:

«Der Gemeinderat wird beauftragt, das Thema des Fachkräftemangels als wirtschaftlichen Faktor für die Attraktivität von Köniz als Unternehmensstandort einzubeziehen. Hier soll ein besonderer Fokus auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelegt werden.»

(Abstimmungsergebnis: 22 dafür / 8 dagegen / 0 Enthaltungen)

Beschluss über Kenntnisnahme

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Wirtschaftsstrategie Köniz.

(Abstimmungsergebnis: 18 zustimmend / 12 teilweise zustimmend / 0 ablehnend)

PAR 2024/110

Änderung Energieversorgungsreglement (früher: Reglement über die Gasversorgung und über die Abgabe für das Stromversorgungs-Verteilnetz)

Beschluss; Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Das Parlament hat am 6. Dezember 2021 die Änderungen des Reglements über die Gasversorgung und über die Abgabe für das Stromversorgungs-Verteilnetz beschlossen. Die Reglementänderungen sind seit dem 1. Januar 2022 in Kraft. Das Reglement beinhaltet neben der Gasversorgung als selbstgewählte Gemeindeaufgabe auch die Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes auf Gas- und Stromleitungen.

Aufgrund der Erkenntnisse aus der Wärmeversorgungsplanung Niederwangen hat der Gemeinderat dem Parlament am 13. März 2023 eine revidierte Fassung zum Beschluss vorgelegt. Mit der Revision sollten die Grundlagen geschaffen werden, damit die Gemeinde die Wärme- und Kälteversorgung als selbstgewählte Gemeindeaufgabe für die Wärmeversorgung von Niederwangen einer gemeinsamen Trägerschaft zusammen mit Energie Wasser Bern (ewb) übertragen kann. Ausserdem waren die reglementarischen Grundlagen zu schaffen, damit eine Abgabe der Wärmenetzbetreiber für die Benützung des öffentlichen Grundes eingeführt werden kann. Das Parlament hat die Änderung des Reglements gutgeheissen.

Der Gemeinderat hat die Direktion Umwelt und Betriebe beauftragt, die Verhandlungen mit ewb zu führen und die Grundlagen für die Trägerschaft zu erarbeiten. Im Verlauf der Verhandlungen hat sich gezeigt, dass eine gemeinsame Trägerschaft für die Umsetzung der Wärmeversorgungsplanung in Niederwangen nicht die einzige Option ist. Zumal aufgrund der Fortschritte bei der Projektierung beim Wärmeverbund Wabern eine Ausweitung der Trägerschaft auf diesen Verbund sinnvoll geworden war. Der Gemeinderat und der Verwaltungsrat von ewb haben dann entschieden, für die Umsetzung der Wärmeverbünde in Niederwangen und in Wabern auf die Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft zu verzichten. Die Umsetzung der Wärmeverbünde in Niederwangen und Wabern soll in einem Zusammenarbeitsvertrag der Gemeinde mit ewb geregelt werden. Der Gemeinderat hat die Parlamentarier:innen am 2. Juli 2024 an einer separaten Veranstaltung über die Absicht informiert und die Eckwerte des geplanten Zusammenarbeitsvertrags vorgestellt.

Das Energieversorgungsreglement muss aufgrund der neuen Ausgangslage überarbeitet werden. Dann können beide Änderungen, jene vom März 2023 und die jetzige, gemeinsam in Kraft gesetzt werden.

2. Die Gründe für die Neuausrichtung der Verhandlungen

Die wesentlichen Gründe für den Zusammenarbeitsvertrag in der Wärmeversorgung und damit den Verzicht auf die Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft sind die folgenden.

- Die Zuständigkeiten können in einem Vertrag klar und eindeutiger geregelt werden.
 - o Die Gemeinde überträgt die Wärme- und Kälteversorgung in den beiden Gebieten an ewb und unterstützt bei Bedarf.
 - o Die technische und finanzielle Verantwortung für den Bau und den Betrieb liegt bei ewb
- Das Konstrukt ist einfacher, indem keine neue Organisation aufgebaut werden muss.
- Die Gemeinde muss sich nicht finanziell beteiligen

2.1 Die Eckwerte des Zusammenarbeitsvertrages

Als ersten Schritt zur Erarbeitung des Zusammenarbeitsvertrags haben die Parteien die Eckwerte definiert und in einer Vereinbarung festgehalten.

Die vereinbarten Eckwerte:

- Das Energieversorgungsreglement der Gemeinde Köniz ist die Grundlage; die Wärmeversorgung als selbstgewählte Gemeindeaufgabe wird ewb übertragen.
- ewb realisiert und betreibt die Wärmeverbünde nach unternehmerischen Gesichtspunkten
- Köniz unterstützt ewb bei der Umsetzung.
- Die vom Gemeinderat genehmigten Wärmeversorgungsplanungen Niederwangen und Wabern bilden die Grundlage für die zu erschliessenden Perimeter
- Die Preise sind verursachergerecht zu gestalten. Ihre Höhe soll einen angemessenen Gewinn ermöglichen (siehe Energieversorgungsreglement Art. 6f).
- Die Synergien bei der Strassen- und Leitungserneuerung sollen genutzt werden.
- Die gemeindeeigenen Gebäude sollen nach Möglichkeit an die Verbünde angeschlossen werden.
- Sollten die Projekte in Niederwangen und Wabern nicht oder nur in reduzierter Form realisiert werden beteiligt sich die Gemeinde an den nicht amortisierbaren Kosten (z.B. PARB zur Eventualverpflichtung für den WV Wabern)
- Die Gemeinde passt das Energieversorgungsreglement entsprechend an.

3. Die Anpassungen am Reglement

Der Verzicht auf die gemeinsame Trägerschaft bedingt bei den im März 2023 beschlossenen Artikeln 6a bis 6i Anpassungen. In der synoptischen Darstellung des Reglements (Beilage 1) sind die Anpassungen mit den Begründungen festgehalten.

4. Finanzen

Der Beschluss des Reglements führt zu keinen zusätzlichen Ausgaben für die Gemeinde. Mit dem Verzicht auf die gemeinsame Trägerschaft fallen die Kosten für die Beteiligung der Gemeinde weg.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Änderung des Reglements über die Energieversorgung und über Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes (Energieversorgungsreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
2. Die Änderung vom 13. März 2023 und die Änderung gemäss Ziffer 1 treten beide am 1. Februar 2025 in Kraft.

Köniz, 30. Oktober 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) 743.1 (Synopsis) Reglement über die Gasversorgung und über die Abgabe für das Stromversorgungs-Verteilnetz (Fassung geltend seit 1. Januar 2022), Änderung

Diskussion

GPK-Referentin, Sandra Röthlisberger, GLP: Ich habe dieses Geschäft bei Gemeinderat Hansueli Pestalozzi geprüft. Ich danke für die Beantwortung meiner Fragen und das Nachreichen der Unterlagen zum öffentlichen Beschaffungsrecht und des Vertragsentwurfs. Das Kapitel "Folgen der Ablehnung" ist allen Parlamentsmitgliedern zugestellt worden.

- Nach Erhalt der Zusatzinformationen stellt die GPK einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen.
- Sie empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen.

Wir beschliessen über einen Antrag mit zwei Antragspunkten: Ziffer 1, betrifft die Änderung des Reglements und Ziffer 2 betrifft die Inkraftsetzung der Änderung vom 13. März 2023 und der Änderung gemäss der beantragten Ziffer 1 - beide per 1. Februar 2025.

- Um was geht es? Erschliessung, Ökologie, Sicherheit, Gesundheit, Kommunikation, Wasser, Strom und eben Wärme und Kälte. Das sind alles Infrastrukturen, welche wir Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft brauchen. Das sind die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Zivilisation. Die Politik schafft die gesetzlichen Grundlagen so, dass diese Infrastrukturen für die Gesellschaft erschwinglich verfügbar sind. Beim Bau von Strassen und der Sicherheitsinfrastruktur agiert die öffentliche Hand meist selbst. Sie baut und betreibt.

Bei der Kommunikation, sprich Post und Informationstechnologie, beim öffentlichen Verkehr oder auch bei Strom und Wasser werden Aufgaben oft an öffentlich-rechtliche Unternehmungen übertragen. Die Energie-Wasser-Bern AG (ewb) ist eine solch selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt, im Besitz der Stadt Bern. Die ewb ist 2002 aus einem Zusammenschluss der Elektrizitätswerke von der Stadt Bern und der Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung der Stadt Bern hervorgegangen. Ein Unternehmen mit einer langen Geschichte und einem langen Vorlauf. Die Fernwärmeversorgung – also die Haus-Lieferung von Wärme wird jetzt für die Erreichung der Klimaziele immer wichtiger.

Im fossilen Zeitalter war die dezentrale Wärmeerzeugung nicht nötig, weil man Liegenschaften einfach autonom mit Öl- oder Gas heizen konnte. Mit der Umstellung auf erneuerbare Energieträger sind autonome Heizsysteme nach wie vor möglich - Stückholz, Pellet oder Erd- und Luftwärme. In dicht besiedelten Gebieten ist das technisch aber nicht immer realisierbar, darum ist der Anschluss an Wärmeverbünde mit erneuerbaren Energieträgern oft alternativlos. Und wir wissen es: Bis 2045 muss Köniz das Netto-null-Ziel erreichen.

- Wer baut und betreibt in Köniz ein Wärmenetz? Wo und für wen ist das Wärmenetz verfügbar? Und zu welchem Preis? In diesem Geschäft geht es um die Änderung des Energieversorgungsreglements und um diese Fragen. Das aktuell gültige Reglement aus dem Jahr 2022 enthält keine Bestimmungen zur Wärme- und Kälteversorgung. Es fehlen auch Bestimmungen zu den Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes. Darum haben wir im März 2023 im Parlament entsprechende Änderungen beschlossen:
 1. Grundsatz: Wärme- und Kälteversorgung als selbstgewählte Gemeindeaufgabe.
 2. Trägerschaft: Übertragung der Wärmeversorgung in Niederwangen an eine Aktiengesellschaft, welche die Gemeinde alleine oder zusammen mit Dritten gründet.
 3. Abgabe für die Benutzung des öffentlichen Grundes.

Punkt 1 und 3 sind kein Problem, Punkt 2 aber schon, darum hat die Inkraftsetzung nie stattgefunden. Die Gründung einer eigenen öffentlich-rechtlichen Gemeindeunternehmung hat keine politische Mehrheit gefunden. Der Gemeinderat hat darum Verhandlungen für eine gemeinsame Trägerschaft mit ewb aufgenommen. Der Prozess hat gezeigt, dass ein Beteiligungsmodell viele komplexe Fragen aufwirft - bezüglich Führung der Organisation, Parität, Einbringen von Eigenkapital, Umgang mit Vorleistungen etc. Die ewb ist ein etabliertes Unternehmen und ist hier in diesem Sinn, etwas am längeren Hebel. Aus Sicht des Gemeinderates ist ein zufriedenstellendes Resultat nicht absehbar, darum soll auf die gemeinsame Trägerschaft verzichtet werden. Der Gemeinderat hat bereits im Sommer darüber informiert.
- Darum beantragt der Gemeinderat eine neue Ausrichtung: Die Gemeinde Köniz überträgt die selbstgewählte Aufgabe für die Gebiete Wabern und Niederwangen an die ewb. In einem privatrechtlichen Vertrag wird die Umsetzung geregelt. Wenn die Gemeinde diese selbstgewählte Aufgabe ohne Ausschreibung an die ewb übertragen möchte, muss sie die Aufgabenträgerin - also die ewb - im Reglement verankern. Das sieht das öffentliche Beschaffungsrecht so vor. Gemäss IVöB – dem öffentlichen Beschaffungsrecht - dürfen Gemeindeaufgaben nur noch nach durchgeführtem Vergabeverfahren übertragen werden. Die Gemeinde hat aber die Möglichkeit, die Aufgabe mittels Reglement ohne Vergabeverfahren direkt einem ganz bestimmten Aufgabenträger zu übertragen. Das war die Einschätzung der Fachstelle Recht und ist somit zulässig. Das Energieversorgungsreglement bleibt also die Grundlage. Die ewb übernimmt die Planung, den Bau und den Betrieb der Wärmeverbünde in den Gebieten Wabern und Niederwangen. Die Eckwerte sind im Reglement Artikel 6a bis 6i beschrieben:
 1. Zusammenarbeit
 2. Gebrauch von öffentlichem Grund gegen Abgaben.
 3. Nutzung von Synergien beim Bau des Wärmenetzes mit den anderen Werken (Strasse, Wasser, Abwasser, etc.). Das macht Sinn.
 4. Preisbildung: Die Preise für die Energieversorgung sind kostendeckend und sollen einen "angemessenen Gewinn" ermöglichen. Dort geht es eben letztlich darum, welche Preise die Bürgerinnen und Bürger für die Wärme bezahlen.

Wichtig: Die Entscheidungskompetenz für den Anschluss einzelner Gemeindelienschaften liegt weiterhin beim Parlament oder beim Gemeinderat. Der Vertragsabschluss liegt in der Gemeinderatskompetenz. Die Vertragsdauer beträgt 30 Jahre.

Die Gemeinde verzichtet in den Gebieten Wabern und Niederwangen darauf, einen anderen Anbieter zu beauftragen. Private Verbünde, ohne Beteiligung Gemeinde, sind natürlich weiterhin zulässig. Bei der Preisbildung gilt Rechtsgleichheit für die Gebiete Niederwangen und Wabern und die Stadt Bern – dort gleicht man sich an. Es wird die branchenweit anerkannte WACC-Formel angewendet. Die so genannten Zielperimeter sind Vertragsbestandteil.

Wenn das Projekt in Niederwangen "aus rechtlichen, technischen oder wirtschaftlichen Gründen" nicht oder nur in reduzierter Form realisiert werden kann, beteiligt sich die Gemeinde an den nicht amortisierbaren Kosten - bislang CHF 2.6 Mio. – "im Rahmen seiner Ausgabenzuständigkeiten in angemessener Weise". Dort gibt es eine Kostenbeteiligung, wenn nicht gebaut wird. So wie dies beim bereits beschlossenen Eventualverpflichtungskredit für den Wärmeverbund Wabern beschlossen wurde.
- Was sind die Folgen bei Ablehnung? Die Kompetenz zur Inkraftsetzung der Version vom 13. März 2023 liegt beim Gemeinderat. Wir haben dort kein Datum gesetzt. Die gemeinsame Trägerschaft kann in dieser Form nicht umgesetzt werden, wie wir gehört haben. Bei einer Ablehnung der vorliegenden Version, würde weiterhin und vorerst das Reglement vom 1.1.2022 gelten. Wir erinnern uns, dort sind Wärme- und Kälteverbünde noch nicht geregelt. Der Vertragsentwurf und die Zusammenarbeit mit ewb hat keine reglementarische Grundlage und könnte so nicht abgeschlossen werden. Die Gemeinde Köniz müsste ein Vergabeverfahren durchführen.

Ohne die Änderungen im Reglement würde die Gemeinde die Versorgung in Niederwangen und Wabern mit Wärme oder Kälte als selbstgewählte Aufgabe nicht erfüllen können. Die Gemeinde hätte keinen Einfluss auf die Versorgungsplanung und auf die Preisbildung und keine Abgaben für die Benutzung des öffentlichen Grundes. Ob die ewb auch ohne reglementarische Verankerung die zwei Wärmeverbünde in den Zielperimetern realisieren wird, liegt im Ermessen von ewb. Falls sich ewb dagegen entscheiden würde, fehlt für Könizerinnen und Könizer und für die Wirtschaft in diesem dichten Siedlungsgebiet eine Wärmenetzinfrastruktur. Köniz würde also keine erneuerbare Wärme erschwinglich verfügbar machen, mit entsprechenden Folgen für die Erreichung der Netto-Null-Ziele.

Allgemeine Diskussion

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Sara Gasser, Junge Grüne: Mit neu gewonnenen Erkenntnissen muss man manchmal neue Wege beschreiten. So ist es auch beim Energieversorgungsreglement. Es zeigte sich im Verlaufe der Zeit, dass die früher angedachte Lösung einer gemeinsamen Aktiengesellschaft mit der ewb nicht realisierbar war und eine Vertragslösung daher zielführender ist. Die Möglichkeit einer direkten Vergabe des Auftrages an die ewb wurde rechtlich abgeklärt. Beim Anschluss der Schulhäuser in Wabern an den Wärmeverbund wurde diese Vorgehensweise vom Parlament auch gutgeheissen. Machen wir also heute den konsequenten nächsten Schritt!

Die übergeordnete Gesetzgebung sieht vor, dass eine Gemeinde einzelne Aufgaben via die entsprechende Regelung in einem Reglement an ein bestimmtes Unternehmen übergeben kann. Davon soll nun Gebrauch gemacht werden. Dies ermöglicht uns gleichzeitig, gewisse Leitplanken zu definieren, zum Beispiel betreffend dem erlaubten Gewinn. Wie den Erläuterungen zum Reglement zu entnehmen ist, ist der WACC dabei gleich wie in vergleichbaren Verbünden in der Stadt Bern.

Die Alternative, nämlich eine Ausschreibung des Auftrages, macht aus verschiedenen Gründen wenig Sinn: Es kommt wohl de facto kein anderer Energieversorger in Frage, der die Gebiete tatsächlich erschliessen würde, erst recht nicht in der notwendigen Zeit. Und es erspart der Gemeinde und der ewb eine Ausschreibung, welche auch wieder Aufwände zur Folge hätte – und das, obwohl am Ende wohl dasselbe resultieren würde. Ausserdem hat die ewb bereits Vorleistungen erbracht und die Gemeinde würde als wenig verlässliche Partnerin dastehen, würden wir die Änderung des Energieversorgungsreglements jetzt ablehnen.

Eine Ablehnung würde zudem die Umsetzung des Wärmeverbunds in Wabern und einen weiteren Ausbau in Niederwangen gefährden. Dabei gilt es zu bedenken, dass gerade in Wabern unbedingt Synergien mit dem SEFT-Projekt genutzt werden müssen und je länger wir warten, desto höher ist das Risiko, dass weitere Kund:innen abspringen, weil sie bereits vor der Fertigstellung des Verbunds eine Lösung brauchen. Eine Verzögerung bei der Umsetzung der Wärmeverbünde würde in der Folge die Umsetzung des Netto-Null-Ziels 2045 – zu dem wir uns ebenfalls verpflichtet haben – aufs Spiel setzen. Wir begrüssen daher, dass mit der ewb eine Lösung gefunden werden konnte und das Geschäft Fahrt aufgenommen hat. Die Bevölkerung und ansässige Unternehmen warten bereits darauf, dass sie endlich anschliessen können.

Aus diesen Gründen stimmt die Fraktion Grüne/Junge Grüne der Reglements-Änderung einstimmig zu und dankt dem Gemeinderat für seine gute Arbeit und die erhaltenen Unterlagen.

Fraktionssprecherin SVP, Corina Burren, parteilos: Aus unserer Sicht ist es grundsätzlich nicht angebracht, ein Reglement nach einem bestimmten selbständigen Unternehmen auszurichten. In diesem Fall hier, ist von "Energie Wasser Bern" (ewb) die Rede. Art. 6, Abs. 1: "Die Gemeinde überträgt die Wärme- oder Kälteversorgung in den Gebieten Niederwangen und Wabern an Energie Wasser Bern." Dies ist für uns hauptauschlaggebend, warum wir die Revision dieses Reglements ablehnen werden.

Den anderen Inhalten im Reglement, würden wir im Grundsatz zustimmen. Aber: Was ist, wenn das Unternehmen seinen Namen ändert oder der Wärmeverbund von Niederwangen oder von Wabern verkauft wird? Müssten wir das Reglement dann wieder anpassen? Und ein Reglement sollte so formuliert sein, dass es für jegliche Anbieter Gültigkeit hat und nicht nur für einen.

Es ist nicht so, dass wir nicht mit der ewb zusammenarbeiten wollen, aber die namentliche Erwähnung von einem einzigen Unternehmen hat in einem Reglement nichts verloren. Auf Stufe Vereinbarung wäre das richtig, aber nicht auf Stufe Reglement.

Auch die SVP-Fraktion hat dem Projekt in Wabern zugestimmt und dort zähneknirschend akzeptiert, dass sich die Gemeinde auf eine Eventualverpflichtung bei den nicht amortisierten Kosten einlässt und diese zu tragen hilft, falls es zu keiner Realisierung kommen würde.

Aber dass dies jetzt zum Standard wird und die Gemeinde bei jedem grösseren Wärmeverbund der ewb die Risikohaftung übernehmen soll, das stimmt für uns nicht.

Die Gemeinde willigt dazu ein, dass ihre gemeindeeigenen Gebäude – meistens Schulhäuser – an den jeweiligen Wärmeverbünden angeschlossen werden, wenn der Preis stimmt. Dies im Wissen, dass dieser meistens an der oberen Grenze liegt.

Die SVP-Fraktion kann sich dafür nicht begeistern, jetzt auf Biegen und Brechen Wärmeverbünde zu generieren. Wir finden es nicht richtig, dass damit dies klappt, gewissen Unternehmen der rote Teppich ausgelegt und ihnen eine Monopolstellung gegeben wird. Zusätzlich werden sie sogar noch in einem Gemeindereglement erwähnt und finanziell unterstützt. Das kann es doch nicht sein. Entweder rentieren solche Wärmeverbünde für die Unternehmen oder es braucht andere Lösungen – das ist der Markt.

Im Wissen, dass unsere Haltung hier keine Mehrheit findet und diese Änderungen auch für den geplanten Wärmeverbund Wabern wichtig sind, können wir gut geschlossen diese Änderung ablehnen und so unser Zeichen, wegen der zuvor genannten Gründe, setzen.

Fraktionssprecherin FDP, Selin Lopez: Arlette Münger, letzte Sitzung – toi toi toi bis zum Schluss.

Wir, die Liberalen haben dieses Geschäft betreffend die Überarbeitung des Energieversorgungsreglements angeschaut. Grundsätzlich sagen wir "ja" zu dieser Anpassung, aber ich musste ziemlich oft die Stirn runzeln, als ich dies angeschaut habe. Ich habe dies angeschaut und gedacht, ich verstehe das nicht, das haben wir doch gerade erst behandelt, das kann doch nicht sein? Und dann habe ich festgestellt, ach so, es ist noch gar nicht in Kraft getreten. Bis der Groschen gefallen ist, hat es einen Moment gebraucht und das ist auch das, was für uns nicht so verständlich war.

Warum ist dies so lange gegangen? Vielleicht kann der Gemeinderat hier kurz sagen, warum dies noch nicht in Kraft getreten ist. Wenn man dies jetzt als Grundlage zur Diskussion mit der ewb gebraucht hat und dann am Schluss zur Erkenntnis kommt, ah nein, jetzt trotzdem nicht, dann ist es für mich auch ein bisschen eine Bemühung des Parlaments, wenn man hier Reglemente vorlegt, welche dann gar nicht zur Diskussion kommen – für mich ist nicht klar, warum man diese Gespräche mit der ewb nicht zuvor geführt hat. Und schlussendlich auch das, was die SVP ebenfalls vorgebracht hat: Die namentliche Erwähnung der ewb im Reglement. Vielleicht hätte man sagen können "ewb und andere", das wäre vielleicht glücklicher gewesen, dann hätte man dies nämlich für andere auch offen lassen können – wer weiss, was dann vielleicht in Zukunft noch kommt.

Aber nichts desto trotz: Wir stimmen diesem Antrag zu, wir nehmen diesen Reglementsentwurf an, welcher uns hier vorliegt.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Casimir von Arx, GLP: Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns einig: Die Wärmenetze in Köniz sollte man ausbauen und diese sollen eine wichtige Rolle bei der Energieversorgung in unserer Gemeinde einnehmen. Die Frage ist: Wie sieht der Weg aus?

Am 9. November 2020 wurde die Motion unserer Fraktion "Ausgliederung der Gemeindebetriebe" eingereicht. Ein Startschuss, um bei der Wärmeversorgung vorwärts zu machen, mit der Gemeinde als zentrale Playerin. In den folgenden Jahren kam es dann Schritt für Schritt anders. In der ersten Revision dieses Energieversorgungsreglements war noch die Rede davon, die Aufgabe der Wärme- und Kälteversorgung ganz oder teilweise einem Gemeindeunternehmen zuzuweisen oder sie an Dritte zu übertragen bzw. zumindest an eine Trägerschaft unter Beteiligung der Gemeinde. Danach wurde die Ausgliederung der Gemeindebetriebe abgeblasen. Und jetzt liegt erneut eine Revision dieses Reglements vor. Von der ursprünglichen Vision eines Gemeindeunternehmens, welches sich ganz oder teilweise an einem Wärme- oder Kältenetz beteiligt, ist nichts mehr übrig. Das heutige Ziel ist nur noch ein privatrechtlicher Vertrag mit ewb.

Fazit 1: Der Berg hat eine Maus geboren.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist nicht begeistert. Und doch haben wir die Unterlagen studiert. Das war auch nötig, denn dieser eigentlich einfache Sachverhalt, ist eher kompliziert dargestellt. Die von der GPK eingeforderten Zusatzunterlagen, haben aber zur Klärung beigetragen und die Meinungsbildung in unserer Fraktion vereinfacht. Wir haben die vom Gemeinderat aufgeführten Nachteile diskutiert, welche im Fall einer Ablehnung entstehen würden:

- Die Erreichung der Könizer Klimaziele kann von ewb eventuell nicht explizit verlangt werden. Andererseits, die Stadt Bern wird es schon richten, als Eigentümerin der ewb, oder sicher dafür schauen, dass ewb unsere oder ähnliche Klimaziele einhalten muss.
- Dann: Die Nutzung baulicher Synergien im Zusammenhang mit der Erneuerung von Werkleitungen kann eventuell nicht explizit verlangt werden. Andererseits besteht sowohl bei ewb als auch bei der Gemeinde ein natürliches Interesse daran, diese Synergien zu nutzen.

- Es braucht eine Ausschreibung, das verursacht Aufwand. Andererseits wäre das Verfahren transparenter als jetzt. Denn was genau in diesem Vertrag zwischen der Gemeinde und ewb drin steht, das wissen nur wenige. Ob dies zum Vorteil der künftigen Kundinnen und Kunden ist oder doch eher zum Vorteil von ewb, bleibt der Öffentlichkeit verborgen.
- Auch das Argument, die Gemeinde könne dank dem Reglement auf die Preisgestaltung Einfluss nehmen, überzeugt uns nicht wirklich. Dieser Einfluss dürfte eher theoretischer Natur sein, liegt doch eine erhebliche Informations-Asymmetrie zwischen der Gemeinde und ewb vor. Wir haben eben Ökonome und Ökonominen in unserer Fraktion.
- Zusätzlich zu den Zusatzunterlagen wäre eigentlich noch ein Vorteil zu ergänzen: Nämlich, dass bei einer Ablehnung auch die Eventualbeteiligung der Gemeinde an den nicht amortisierbaren Kosten in Wabern und Niederwangen wegfallen würden.

Fazit 2: Ein Mehrwert für die Gemeinde ist nicht gegeben.

Jetzt kommen wir noch zur Ordnungspolitik, wie es auch schon angetönt wurde. Der Gemeinderat beantragt, einen Vertrag mit einer bestimmten Unternehmung - im Grunde genommen ist dies eine "Carte blanche" für ewb - in ein Reglement zu schreiben. Solche Bestimmungen sind nicht gesetzeswürdig.

Zudem könnte man fragen, warum denn nicht auch das BKW-Monopol in Niederscherli in dieses Reglement geschrieben wird. Doch das wäre der falsche Weg. Die gesetzgeberische Hygiene gebietet es, dass man von solchen Einzelnennungen absieht.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion hätte kein gutes Gefühl, eine private Firma in ein Gesetz zu schreiben, denn für irgendetwas gibt es schliesslich auch das Beschaffungsrecht, das Vertragsrecht und den Markt. Der Gemeinderat kann diese Sache auf diesem Weg regeln.

Fazit 3: Wir lehnen diese Reglementsrevision ab.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Franziska Adam, SP Frauen: Wir beraten heute Abend mit dem Energieversorgungsreglement ein wichtiges Geschäft für die Könizer Bevölkerung. Inzwischen wissen wohl alle, dass die Gemeinde Köniz 2045 klimaneutral sein muss und erneuerbare Heizsysteme sind in dieser Systematik ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Wie wir aus den Unterlagen entnehmen können, geht es bei diesem Geschäft um eine Änderung des Reglements über die Energieversorgung und über Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes. Dies wird in einem Vertrag zwischen Köniz und der ewb schriftlich festgehalten. Die ewb ist eine nicht gewinnorientierte Firma, mit viel Erfahrung im Bereich Wärmeverbünde. Und für die SP/JUSO-Fraktion macht es Sinn, mit einer solch kompetenten und erfahrenen Partnerin diese Wärmeverbünde zu realisieren.

Kritisch sehen wir, dass der Parlamentsantrag nicht sehr ausführlich ist. Die GPK hat dies erkannt und gewisse Dokumente noch zusätzlich eingefordert. Und zwar folgende Unterlagen: "Folgen der Ablehnung" oder die "Bestätigung, dass die Gemeinde die Möglichkeit hat, die Aufgabe mittels Reglements ohne Vergabeverfahren direkt einem bestimmten Aufgabenträger zu übertragen". Aber genau dafür ist die GPK ja da. Und wir haben die Unterlagen jetzt erhalten. Für die SP/JUSO-Fraktion sind sie vollständig, damit sie sich ein Bild über das Geschäft machen kann.

Für uns ist auch nachvollziehbar, dass sich der Gemeinderat nicht an einer Trägerschaft beteiligen will und dass so das finanzielle Risiko für die Gemeinde minimiert wird. Das ist ja auch bei uns im Parlament immer wieder ein Thema. Und hier hat der Gemeinderat unserer Ansicht nach richtig gehandelt. Die SP/JUSO-Fraktion hat bereits 2020 einen Vorstoss zu "Köniz erneuerbar: Köniz setzt auf Wärme- und Kälteverbünde" eingereicht. Und für uns ist es zwingend, dass mit einem Vertrag zwischen der Gemeinde Köniz und ewb eine reglementarische Grundlage geschaffen wird und zum Beispiel die Preisgestaltung oder auch die Abgabe für die Benutzung des öffentlichen Grundes geregelt wird. Wir wollen, dass die Könizer Bevölkerung faire und nicht überrissene Preise für die Anschlüsse und die Nutzung der Wärmeverbünde bezahlen muss. Und dies soll dieser Vertrag gewährleisten und dass der Gewinn, den ewb macht, angemessen und nicht überrissen ist. Dadurch werden sich hoffentlich möglichst viele Immobilienbesitzerinnen und -besitzer den Wärmeverbünden anschliessen.

In diesem Sinne wird die SP/JUSO-Fraktion den beiden Anträgen des Gemeinderat einstimmig zustimmen.

David Müller, Grüne: Eigentlich dachte ich, heute spreche ich gar nicht, jetzt bin ich bereits das zweite Mal hier. Aber auch jetzt nur kurz.

Zuerst wollte ich noch etwas zur Aussage sagen, dass es nicht sinnvoll sei, dass die Gemeinde hier ewb sogar noch finanziell unterstützt. Hierzu dünkt es mich wichtig zu sagen, dass es bei der finanziellen Unterstützung eigentlich darum geht, das Risiko, welches ewb eingeht, zu minimieren.

Das ist ein Prinzip, welches ja auch auf Bundesebene bei grösseren Infrastrukturprojekten gemacht wird. Dort geht es darum, die Hürden zu senken, damit überhaupt jemand in ein solch grosses Projekt investiert. Das finde ich äusserst sinnvoll, denn wenn man will, dass gebaut wird, dann muss man dafür sorgen, dass überhaupt jemand bauen will. Und bereits jetzt ist man ja einige Vorleistungen eingegangen, dementsprechend ist dies eine sinnvolle Lösung.

Dann bezüglich der Infrastruktur: Ganz grundsätzlich denke ich, dass die Frage ist, was die Rolle des Staates ist. Und natürlich kann man hier unterschiedliche Einschätzungen haben, aber ich denke, auch hier in diesem Fall ist es sinnvoll, dass man nicht an jeder Ecke eine Einzellösung hat, sondern ein gesamtheitliches Ganzes, welches zusammenspielt, wie dies idealerweise zum Beispiel auch beim Verkehr der Fall ist, wo man nicht bei jeder Brücke einen Zoll hat oder was auch immer. Und erst dadurch ermöglicht man, in diesem dicht bebauten Gebiet, für diese Liegenschaften einen Lösung bieten zu können, welche sonst schwer mit erneuerbaren Lösungen zu versorgen wären.

Und dann noch zu "der Berg hat eine Maus geboren": Dazu würde ich sagen, die Maus lebt und sie ist sogar sehr aktiv. Vielleicht sogar etwa so aktiv, wie bei Tom und Jerry – ich weiss es nicht – aber diese Maus, welche hier geboren wird, ist zentral für die Erreichung der Klimaziele, welche wir hier im Parlament beschlossen haben und sie ist auch zentral für die Wärmeversorgung der Bevölkerung und der Unternehmen. Also, redet diese Maus nicht klein.

Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi, Grüne: Merci für die angeregte und durchaus kontroverse Diskussion. Aus Sicht Gemeinderat haben wir als Gemeinde fünf Ziele bei den Wärmeverbünden:

1. Die leitungsgebundene Wärme- und Kälteversorgung steuern können. Das haben wir gemacht, indem wir Grundlagen mit den Wärmeversorgungsplanungen geschaffen haben.
2. Eine flächendeckende Versorgung in jenen Gebieten, in welchen es keine Alternativen gibt. Sandra Röthlisberger hat davon berichtet. Wir wollen explizit verhindern, dass es nicht ein sogenanntes "Cherry Picking" gibt, also dass diese Unternehmen nur genau jene Gebäude mit Wärme versorgen, bei welchen es am meisten rentiert. Das wollen wir verhindern.
3. Im Sinne unserer Einwohner und Einwohnerinnen wollen wir verursachergerechte Preise und nicht höher. Wir wollen sicherstellen, dass die Preise verursachergerecht sind.
4. Synergien sollen genutzt werden. Wenn man schon die Strasse aufbricht und Wärmeleitungen verlegt, dann wollen wir die Synergien mit anderen Werken nutzen.
5. Für die Wärme- und Kälteleitungen im öffentlichen Grund, sollen gewisse Abgaben bezahlt werden.

Das sind unsere fünf Gründe und an diesen sollen wir gemessen werden. Es ist schlussendlich auch ein wichtiges Element, dass wir als Gemeinde das Netto-Null-Ziel 2045 wirklich erreichen können. Diese Wärmeverbünde in den alternativlosen Gebieten, sind die einzige Möglichkeit, dass wir fossile Heizungen ersetzen können. Wir haben dies im September an den Beispielen des alten Schulhauses oder der Villa Morillon gesehen. Dort haben wir gesehen, dass in diesen Fällen ein Wärmeverbund wirklich alternativlos ist, denn für eine Lösung mit Wärmepumpe hat es keinen Platz und wäre viel teurer.

Genau diese erwähnten fünf Ziele, können wir mit der vorliegenden Reglementsänderung erreichen und mit diesem Vertrag, welcher mittlerweile mit der ewb fertig ausgehandelt ist. Es ist richtig, dieses Reglement hat eine Geschichte, Sandra Röthlisberger hat diese sehr gut geschildert. Selin Lopez war etwas verwirrt, denn diese Geschichte hat ein bisschen ihre Wendungen genommen. So war ursprünglich eine gemeinsame Aktiengesellschaft mit ewb geplant gewesen, doch es hat sich aus den genannten Gründen gezeigt, dass dies nicht möglich war. Darum mussten wir einen Schritt zurück und haben jetzt gesehen, dass man mit dieser Vertragslösung genau diese fünf Ziele, welche wir haben, auch erreichen können.

Wir haben am 2. Juli 2024 einen Informationsanlass durchgeführt, an welchem wir darüber informiert haben und an welchem wir euch die Eckwerte der Vertragslösung präsentiert haben. Wichtig ist es mir zu betonen, dass diese Vertragslösung für die Gemeinde auch massive Vorteile hat. Und zwar müssen wir kein Eigenkapital in diese gemeinsame Aktiengesellschaft mehr einschiessen. Ich will einfach erwähnen, im IAFP 2024 waren hier noch beinahe CHF 8 Mio. an Beteiligung vorgesehen gewesen. Dieses Risikokapital müssen wir als Gemeinde nicht einschiessen.

Wir haben noch Unterlagen nachgeliefert. "Folgen bei Ablehnung", ich denke, das habt ihr alle gelesen und seid euch bewusst, was dies bedeuten würde, wenn man dies ablehnt, ich komme noch dazu.

Der Vertrag gibt auf beiden Seiten Sicherheit. Wir können verursachergerechte Preise einfordern. Casimir von Arx, du hast dies noch etwas in Frage gestellt, doch da hat es Bedingungen im Vertrag, dass ewb uns ihre Zahlen offen legen muss. Also ähnlich, wie sie dies auch beim Preisüberwacher machen müssen, können wir diese Zahlen von ewb einfordern.

Es ist also nicht ein zahnlosen Vertrag, welchen wir eingehen. Und in diesem Vertrag ist auch der Perimeter festgelegt. Wenn dieser nicht eingehalten würde, dann würde ewb auch ein stückweit vertragsbrüchig. Wir können mit diesem Vertrag auch Synergien einfordern. Du hast recht, Casimir von Arx, diese Synergien kann man je nachdem auch sonst erreichen, aber das ist nicht immer der Fall. Ich will daran erinnern: Die BKW hat beim Wärmeverbund Schliern einfach gebaut, ohne Vertrag. Sie haben die Strasse aufgerissen, wieder geschlossen und dann hat man gemerkt, im gleichen Perimeter hatten wir auch Bedarf, die Wasserleitung zu erneuern, aber sie haben nicht auf uns gewartet. Das könnten wir jetzt in Zukunft besser machen. Es ist auch noch vieles anderes festgelegt, wie gemeinsame Kommunikation und ein Bekenntnis zum Netto-Null-Ziel 2045, das ist auch noch wichtig. Ohne Reglement haben wir keinen Grundlage für diesen Vertrag, welcher jetzt fertig ausgehandelt ist und welchen ich nicht als zahnlosen Tiger bezeichnen würde, sondern dieser hat wirklich Fleisch am Knochen.

Ich will noch auf einige Fragen in den Voten eingehen. Es wurde mehrfach erwähnt, es sei unschön, dass ewb im Reglement explizit erwähnt wird – das hat Corina Burren vor allem erwähnt, aber auch andere. Ich will mich dagegen wehren, denn es wurde gesagt, ewb sei eine private Firma. Ewb ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt im Besitz der Stadt Bern, das ist keine private Firma. Und ja, ich gebe euch Recht, es ist unschön, dass man ewb im Reglement erwähnen muss, das hätte ich auch nicht gewollt, ich hätte auch lieber eine offenere Formulierung gehabt. Wir haben das auch vorgeschlagen, aber wir hatten nicht nur Roland Feuz als unseren Juristen und Fachstellenleiter dabei, sondern auch noch Ueli Friedrich - wir hatten also zwei Juristen beigezogen. Normalerweise sagt man, bei zwei Juristen gibt es drei Meinungen - in diesem Fall waren zwei Juristen einer Meinung. Und zwar gibt es keine andere Möglichkeit, als dass man dieses Unternehmen explizit erwähnt. Entweder macht man eine Ausschreibung für Wärmeverbünde oder dann macht man es auf diese Art, dass man es im Reglement explizit diesem Unternehmen zuweist. Und das ist demokratisch legitimiert und absolut rechters. Das ist nicht irgendein "Bubentrickli" und ist durchaus so vorgesehen, auch in der interkantonalen Vereinbarung für die öffentliche Beschaffung.

Und es heisst, damit hätte ewb eine Monopolstellung. Das ist nicht so, ein anderes Unternehmen kann trotzdem in diesem Perimeter einen Wärmeverbund aufbauen und gewisse Häuser mit diesem Wärmeverbund erschliessen. Das ist kein Monopol.

Was auch noch gefragt worden ist, war, warum wir in Niederwangen und Wabern keine Ausschreibung gemacht haben. Das wäre ja eigentlich der Königsweg gewesen, doch das ging nicht, weil wir genau in diesen zwei Gebieten einerseits einen hohen Zeitdruck hatten und auch besondere Umstände. Ich erläutere dies kurz: In Niederwangen, da ist das Polizeizentrum, da hatte man einen hohen Zeitdruck und dort war die Auflage, dass dies an einen Wärmeverbund angeschlossen wird. Darum hat man dort vorwärts gemacht und ewb hat dort auf Stadtgebiet bereits Produktionsanlagen, einerseits im Rehhag, dort gibt es eine Holzheizzentrale und auch von der Energiezentrale Forsthaus wird die Wärme bis dorthin geleitet. Und darum wäre eine Ausschreibung wenig sinnvoll gewesen, denn ein möglicher Konkurrent von ewb hätte ja eine Heizzentrale finden plus diese aufbauen müssen. Dort wäre also ohnehin nur ewb in Frage gekommen.

In Wabern war es etwas ähnlich, dort wurde der Zeitdruck durch die Seftigenstrasse ausgelöst, da musste man sehr rasch reagieren. Ewb ging dort in Vorleistung, hat diese Planungen für die Seftigenstrasse, wo man dort die Leitungen verlegt, vorfinanziert. Ewb war in einer frühen Phase bei dieser ganzen Projektentwicklung involviert gewesen. Sie ist auch in Wabern mit kleineren Wärmeverbünden und Gasversorgung präsent und hat sehr viel Vorleistungen geleistet und sehr viel gearbeitet, damit man diesen Heizzentralenstandort an der Gondelistrasse sichern konnte. Aus diesen Gründen, war es in diesen beiden Gebieten nicht möglich, dies auszuschreiben, darum wurde der andere Weg gewählt. Ich will noch etwas bezüglich Vorleistungen korrigieren. Sandra Röthlisberger hat gesagt, ewb hätte schon für CHF 2.6 Mio. Vorleistungen erbracht, das ist korrekt, aber das, woran wir uns als Gemeinde beteiligen, das sind explizit diese gut CHF 600'000, welchen ihr hier im Parlament als Eventualverpflichtung zugestimmt habt. Und in Niederwangen geht es um die nicht amortisierbaren Mehrleistungen. Das heisst, sie haben bereits Leitungen zum Polizeizentrum gelegt, diese sind im Boden – da hat man übrigens die Synergien ebenfalls mit den anderen Werken ausgenutzt – und dort ist die Mehrleistung jene, dass die Leitungen zum Polizeizentrum etwas grösser sind, so dass wir auch den Rest von Niederwangen über diese Leitungen versorgen können. Das wäre die nicht amortisierbare Mehrleistung, wenn es dort nicht weitergehen würde.

Was bei Ablehnung des Reglements passiert, das konntet ihr lesen. Dann ist es so, dass wir dies nicht nochmals neu ausschreiben, wie dies gesagt worden ist, sondern ewb kann den Wärmeverbund als privates Unternehmen trotzdem bauen, so wie die BKW in Schliern.

Detailberatung

Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi, Grüne: Was würde bei Ablehnung des Reglements passieren. Ich habe dies zuvor gesagt, ewb kann dies als privates Unternehmen bauen. Wir würden dies nicht nochmals ausschreiben. Ob sie dies ohne diese reglementarische Verankerung und ohne diesen Vertrag, welchen wir ausgehandelt haben, macht, das muss ewb entscheiden. Ewb muss sich nicht mehr an den vereinbarten Perimeter halten und wir haben keine Kontrolle mehr über die verursachergerechten Preise, wir können diese nicht mehr einfordern. Ewb könnte sich – ich sage nicht, dass sie es machen, aber sie könnten – schwergewichtig auf die Versorgung des Stadtberner Gebiets konzentrieren. Sie könnten vor allem in Richtung Zieglerspital fahren und dann dort die Stadtberner Gebiete erschliessen und vielleicht in Wabern noch gerade jene Gebiete, welche sich am meisten rentieren. Dieses Risiko gehen wir ein, wenn ihr dies jetzt ablehnt. Und vor allem hätte die Gemeinde keine Rolle mehr, wir haben keine Möglichkeit mehr zu steuern, wir könnten vielleicht noch einen "Letter of intent" mit ewb machen, aber die Position der Gemeinde wäre massiv geschwächt, wenn ihr dieses Reglement jetzt ablehnt. Und es gäbe keine Abgabe für die Benützung des öffentlichen Grunds für Wärme- und Kälteleitungen. Dann gibt es noch ein "Aber": Die Eventualverpflichtung, welche wir bereits eingegangen sind, diese bleiben weiterhin bestehen.

Darum, mein Fazit, es gibt gute Gründe für die Annahme des Reglements: Die Grundlage für eine gute vertragliche Beziehung mit ewb, die Gemeinde kann ihre Rolle wahrnehmen, sie kann beim Ersatz der fossilen Heizungen vorwärts machen, es ist ein wichtiger Schritt zu Netto-Null, welches ihr hier beschlossen habt und – ich schaue jetzt hier auch auf diese Kerze – ich wünsche mir, dass wir mit geordneten Beziehungen zu ewb in die Adventszeit gehen können.

Beschluss über Antrag des Gemeinderats

1. Die Änderung des Reglements über die Energieversorgung und über Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes (Energieversorgungsreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
2. Die Änderung vom 13. März 2023 und die Änderung gemäss Ziffer 1 treten beide am 1. Februar 2025 in Kraft.

(Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen dafür / 14 Stimmen dagegen / 1 Enthaltungen)

PAR 2024/111

V2408 Dringliche Motion (GLP-EVP-Mitte-Fraktion, Grüne, Junge Grüne) "Option Wärmeverbund Bern-Wabern auch beim Neubau Schulraumerweiterung Morillon"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt

1. direktionsübergreifend zu prüfen,
 - ob der Neubau Schulhaus Morillon nun auch am Wärmeverbund Bern-Wabern angeschlossen werden kann,
 - welche Übergangslösung allenfalls anzustreben wäre
 - und welche Auswirkungen auf die Investitions- und Betriebskosten zu erwarten wären.
 Das Parlament ist über die Ergebnisse in geeigneter Form zu informieren.

2. Falls die Investitions- und Betriebskosten der Wärmeerzeugungsanlage im Vergleich zu einer Wärmeversorgung mit Erdsonde insgesamt tiefer ausfallen und falls die CO₂-Bilanz bei der Erstellung im Vergleich ebenfalls vorteilhafter ausfällt, soll er die planerischen und rechtlichen Massnahmen zum Anschluss des gesamten Schulareals Morillon inkl. des Neubaus an den Wärmeverbund Bern-Wabern einleiten.

Begründung

Die Motionär:innen gehen davon aus, dass das Parlament am Tag der Motions-Einreichung (16. September 2024) den Kredit für den Anschluss der Gemeindelienschaften Schulhaus Wabern Dorf, Villa Bernau und Schulhaus Morillon (Altbau) am Wärmeverbund Bern-Wabern und den Wärmebezug über 30 Jahre genehmigt. Im Parlamentsantrag ist erwähnt, dass sich der Neubau der Schule Morillon im Projektperimeter befindet. Aus terminlichen Gründen werde der Neubau aber nicht an den Wärmeverbund angeschlossen. Stattdessen sei eine Erdsonden-Wärmepumpe in Planung. Ökologische und ökonomische Gründe sprechen aber dafür, das neue Gebäude im Projektperimeter in den Wärmeverbund einzuschliessen. Für den Wärmeverbund würde es einfacher, die nötige kritische Masse zu erreichen.

Im Parlamentsantrag zum Ausführungskredit des Neubaus Morillon vom 21. August 2023 steht unter dem Kapitel Nachhaltigkeit u.a. dass ein Anschluss an den geplanten Wärmeverbund Wabern-Bern angestrebt sei. Auch in der Botschaft wurde die Fernwärme als Ziel beschrieben, eine autonome Heizung ist als Option erwähnt. Dannzumal ging der Gemeinderat noch von einer Inbetriebnahme per Schuljahr 2025/26 aus. In diesem Fall wäre eine Übergangslösung in der Wärmeversorgung nötig gewesen. Die Realisierung der Wärmeverbund-Anschlüsse im Morillon soll im Zeitraum 2025 bis 2027, die Wärmelieferung 2028 bis 2030 erfolgen. Gemäss Kreditantrag kostet die Erdsonden-Wärmepumpe 720'000 Franken. Die Wirtschaftliche und die ökologische Gesamtbilanz sind wichtiger als terminliche Gründe, welche im Fall von Einsprachen zudem hinfällig würden.

Begründung für Dringlichkeit

Der Wärmeverbund steht in den Startlöchern. Es ist wichtig, möglichst rasch Klarheit zu haben, ob der Morillon Neubau dafür geeignet ist, Teil des Wärmeverbunds zu werden. Ansonsten verliert das Parlament den Entscheidungsspielraum in der Frage, ob der Morillon-Neubau an den Wärmeverbund angeschlossen werden soll. Möglicherweise sind mit einem Nichtanschluss langfristig hohe Kosten verbunden. Auch das Projekt des Schulhausneubaus Morillon schreitet voran. Im Parlamentsantrag zum Ausführungskredit für den Morillon-Neubau stand noch, dass ein Anschluss an den Wärmeverbund angestrebt werde. Dass der Gemeinderat nun von diesem Vorhaben abzuweichen gedenkt, wurde erst kürzlich bekannt. Darum konnte der Vorstoss nicht früher eingereicht werden.

Eingereicht

16.09.2024

Unterschrieben von 23 Parlamentsmitgliedern

Andreas Hauser, Monika Röthlisberger, Jürg Mosimann, Toni Eder, Streiff Katja Angelika, Christina Aebischer Zimmermann, Mayra Faccio Vasquez, Sandra Röthlisberger, Laura Hoffman, Dominik Fischli, Simon Stocker, David Müller, Roger Tanner, Géraldine Boesch, Rahel Gall, Urs Mumenthaler, Franziska Adam, Bülent Celik, Janka Hamm, Casimir von Arx, Fabienne Marti Locher, Reto Zbinden, Roland Akeret

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt:

1. direktionsübergreifend zu prüfen,
 - ob der Neubau Schulhaus Morillon nun auch am Wärmeverbund Bern-Wabern angeschlossen werden kann,
 - welche Übergangslösung allenfalls anzustreben wäre
 - und welche Auswirkungen auf die Investitions- und Betriebskosten zu erwarten wären.

Das Parlament ist über die Ergebnisse in geeigneter Form zu informieren.

2. Falls die Investitions- und Betriebskosten der Wärmeerzeugungsanlage im Vergleich zu einer Wärmeversorgung mit Erdsonde insgesamt tiefer ausfallen und falls die CO₂-Bilanz bei der Erstellung im Vergleich ebenfalls vorteilhafter ausfällt, soll er die planerischen und rechtlichen Massnahmen zum Anschluss des gesamten Schulareals Morillon inkl. des Neubaus an den Wärmeverbund Bern-Wabern einleiten.

In Punkt 1 liegt ein Prüfungsauftrag an den Gemeinderat vor; dieser liegt in der Kompetenz des Gemeinderats.

In Punkt 2 wird aufgeführt, welche Massnahmen der Gemeinderat einleiten muss, falls die Prüfung aufzeigt, dass die Investitions- und Betriebskosten der Wärmeerzeugungsanlage im Vergleich zu einer Wärmeversorgung mit Erdsonde insgesamt tiefer ausfallen und die CO₂-Bilanz bei der Erstellung im Vergleich ebenfalls vorteilhafter ausfällt.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat in Bezug auf Ziffer 1 eine Richtlinie vor; in Bezug auf Ziffer 2 erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag.

2. Ausgangslage

Der Gemeinderat hat den möglichen Anschluss Neubau Schulhaus Morillon am Wärmeverbund Bern-Wabern im Rahmen der Projektierung der Schulanlage geprüft. Aufgrund der zeitlichen Komponente und verschiedener Abhängigkeiten hat er sich klar für die Option Erdwärmesonde (klimaneutral) entschieden. Der Gemeinderat beauftragte die Abteilung Immobilien die Projektierung betreffend Erdsondenlösung im Schulhaus Morillon aufzunehmen.

3. Stand der Projekte Wärmeverbund Bern-Wabern und Neubau Schulhaus Morillon

3.1 Stand Wärmeverbund Bern-Wabern

Im Rahmen der Aufbereitung des Parlamentsantrags zum Anschluss der gemeindeeigenen Gebäude an den Wärmeverbund Wabern hat der Gemeinderat zur Kenntnis genommen, dass die Realisierung des Wärmeverbunds Bern-Wabern einen wesentlichen Schritt weitergekommen ist, weil sich beim Problem mit dem Standort für die Wärmezentrale eine Lösung abzeichnet und der Standort bis Ende 2024 gesichert sein sollte. Mit dem Beschluss (Parlamentssitzung vom 16.9.2024) die gemeindeeigenen Gebäude (Bestandesbauten Morillon Aula, Morillon Klassentrakt, Morillon Turnhalle, Wabern Dorf und Villa Bernau) am Wärmeverbund anzuschliessen hat sich die Wahrscheinlichkeit, dass der Wärmeverbund realisiert wird signifikant erhöht.

Beim Projekt Wärmeverbund Bern-Wabern ist die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Köniz und der ewb gut. Es findet ein regelmässiger Austausch statt und die Planung kommt gut voran. Die Frage des Anschlusses des Neubaus der Schulanlage Morillon ist für die Realisierung des Wärmeverbunds nicht entscheidend.

3.2 Stand Projekt Neubau Schulhaus Morillon

Die Planung des Neubaus der Schulanlage ist mit der Phase Bauprojekt weit vorangeschritten. In der jetzigen Phase Änderungen am Wärmeversorgungskonzept vorzunehmen, hätte weitreichende Folgen und erhebliche Konsequenzen für das Bauprojekt (Projektänderung).

Die gesamte Ausführungsplanung müsste überarbeitet und angepasst werden, dies gilt voraussichtlich auch für das Baugesuch, hier müsste mindestens ein Gesuch für eine Projektänderung eingegeben werden. Dies benötigt Zeit und es besteht ein erhebliches Risiko, dass das erneute Gesuch wiederum angefochten wird. Zeitliche Verzögerungen und erhebliche Mehrkosten wären die unvermeidlichen Folgen.

4. Finanzen

Die Annahme der Motion hätte wie vorangehend bereits geschildert direkte finanzielle Folgen. Für die notwendigen Abklärungen zur technischen Machbarkeit sowie den Kostenvergleich zwischen den Varianten Erdsonde und Wärmeverbund bräuchte es umfassende Unterstützung von externen Fachleuten. Hinzu kämen die Kosten für Anpassungen am Wärmeversorgungskonzept und an der Ausführungsplanung.

5. Fazit

Der Gemeinderat lehnt es aus obgenannten Gründen ab, für weitere Abklärungen weiteren Aufwand und zusätzliche Kosten zu generieren, insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 23. Oktober 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 24.09.2024

Diskussion

Erstunterzeichner, Andreas Hauser, GLP: Aus der Antwort des Gemeinderates können wir schliessen, dass es jetzt zu spät für diese Abklärungen ist, welche das Gemeinderatsteam schon längstens hätte machen müssen. In Absprache mit der Zweitunterzeichnenden Monika Röthlisberger von den Grünen, ziehe ich die Motion zurück.

Und wenn ich schon mal hier stehe, dann will ich mich gerne Kathrin Gilgen anschliessen und dir, liebe Arlette Münger ganz herzlich danken. Du warst in diesem Jahr für alle da. Du hast uns immer wieder zusammengeführt, wenn wir uns verlaufen haben. Auch für Proviant, war dank deiner Leitung immer gesorgt. So sind wir, wenn auch nicht immer harmonisch, so doch immer zusammen unterwegs für Köniz.

Der Erstunterzeichner zieht die Motion zurück.

PAR 2024/112

V2407 Postulat (Grüne/Junge Grüne, SP/JUSO, EVP-GLP-Mitte) „Vergärungsanlage“

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen,

1. wie möglichst viele der anfallenden organischen Abfälle (insbesondere Grünschnitt und Rüstabfälle, aber auch Speisereste) auf dem Gemeindegebiet stofflich und energetisch verwertet und anschliessend kompostiert werden können, unter Abwägung der damit einhergehenden Vor- und Nachteile,
2. wie der Bedarf an Vergärungsanlagen in den umliegenden Gemeinden ist und wie sich gegebenenfalls Synergien oder Anschlussmöglichkeiten an bestehende Systeme nutzen lassen.
3. wo es in Köniz oder in einer umliegenden Gemeinde einen geeigneten Standort für eine Vergärungsanlage gibt,

4. wie eine solche Vergärungsanlage wirtschaftlich betrieben werden könnte und welche Trägerschaft dafür geeignet wäre,
5. wie die bei der Vergärung entstehenden Erzeugnisse, wie Biogas oder Gärreste, lokal genutzt werden könnten,
6. welches System zur Sammlung und Verwertung von organischen Abfällen den grössten ökologischen Mehrwert bietet,
7. wie die aktuell bestehenden Quartierkompostplätze weiterhin als Ort der Bildung und Begegnung genutzt werden können, sollte sich eine geeignete Lösung gemäss den vorangegangenen Punkten finden lassen

Begründung

In zunehmend verdichteten Siedlungen fehlt es an Möglichkeiten, Rüstabfälle zu kompostieren. Mit den anhaltenden Problemen bei Quartierkompostplätzen, die zum Teil bereits zu Schliessungen geführt haben, hat die Anzahl Personen ohne niederschwelligem Zugang zu Kompostierungsmöglichkeiten jüngst sogar zugenommen. Die Entsorgung im Hauskehricht ist keine geeignete Option, weder aus ökologischer noch aus ökonomischer Sicht. Biogene Abfälle machen über 1/3 der Abfälle in den Kehrichtsäcken aus (ca. 50 kg pro Person und Jahr). Sie können im Sinne der Kreislaufwirtschaft sehr wertvoll sein. Durch die Vergärung dieser Abfälle können Energie, Biogas und wertvoller Kompost erzeugt werden. Die kompostierten Vergärungsrückstände können im besten Fall an die gemeindeeigenen Betriebe, hiesige Unternehmen oder Private verkauft werden. Eine Vergärungsanlage könnte somit einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Kreislaufwirtschaft und gegebenenfalls sogar zur Energiegewinnung in der Region leisten

Eingereicht

24.06.2024

Unterschrieben von 26 Parlamentsmitgliedern

Lukas Erni, Isabelle Steiner, Andreas Hauser, Urs Mumenthaler, Fabienne Marti, Jürg Mosimann, Dominik Fischli, David Müller, Matthias Müller, Katja Streiff, Monika Röthlisberger, Mayra Faccio, Simon Stocker, Christina Aebischer, Laura Hoffman, Géraldine Boesch, Toni Eder, Roland Akeret, Brigitte Rohrbach, Rahel Gall, Franziska Adam, Ursina Lehner, Christine Müller, Bülent Celik, Sandra Röthlisberger, Michael Gerber

Antwort des Gemeinderates

1. Ausgangslage

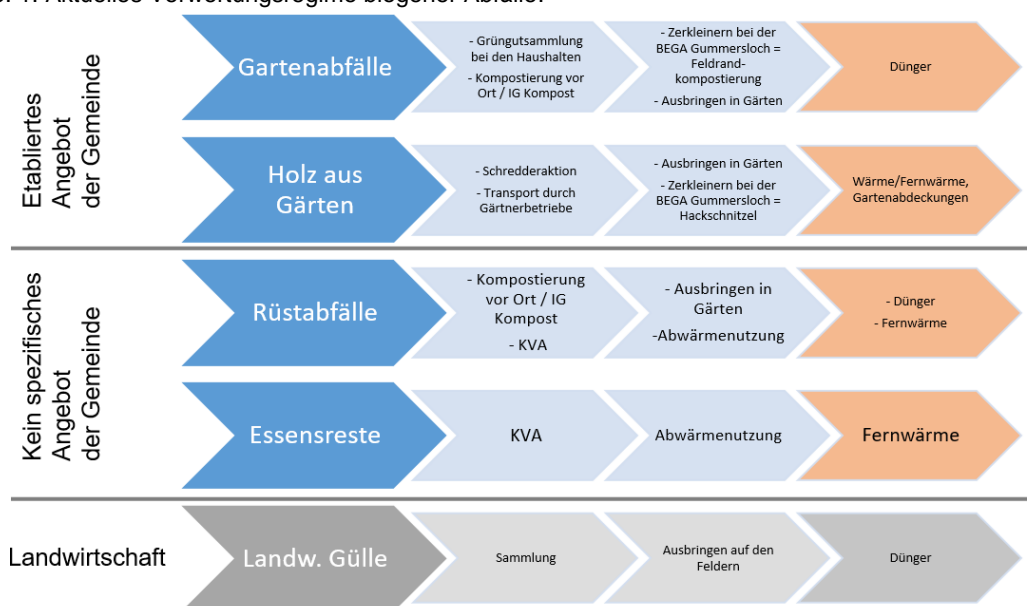
Mit der Planungserklärung vom 24. Juni 2024 in Zusammenhang mit der Abfall- und Wertstoffbewirtschaftungsstrategie und mit dem vorliegenden Vorstoss fordern die Unterzeichnenden Parlamentarier und Parlamentarierinnen eine Überprüfung, wie und wo organische Abfälle aus der Gemeinde Köniz stofflich und energetisch besser verwertet werden können.

In der Vergangenheit bis heute setzt die Gemeinde den Fokus auf die stoffliche Verwertung von Gartengrün, indem dieses lokal kompostiert und auf den Könizer Landwirtschaftsflächen als Dünger ausgebracht wird. Für die Rüstabfälle gibt es in einzelnen Quartieren Quartierkompostplätze, die von der IG Kompost betrieben werden. Aktuell funktioniert die Verwertung aller organischer Abfälle aus der Gemeinde Köniz¹ wie auf der folgenden Grafik dargestellt. Dabei macht mengenmässig die landwirtschaftliche Gülle pro Jahr den grössten Anteil aus. Gemäss Schätzungen aus dem Jahr 2009 schlagen die organischen Abfälle aus den Haushaltungen (Gartenabfälle, Rüstabfälle, Essensreste/foodwaste) mit rund 4'500 Tonnen pro Jahr zu Buche².

¹ Ohne Holz aus der Forstwirtschaft.

² Studie von carbotech/Infraconsult, 2009: Verwertung von Grünut in Köniz – Vergleichsstudie.

Abb. 1: Aktuelles Verwertungsregime biogener Abfälle.



Mit diesem Regime ist für die Gartenabfälle inkl. Holzanteile die stoffliche Verwertung innerhalb der Gemeinde Köniz sichergestellt. Für die Rüstabfälle bestehen punktuell Quartierkompostplätze, die von der IG Kompost betrieben und von der Gemeinde finanziell unterstützt werden. Die Transportwege können so minimal gehalten werden und es liegt ein effektiv geschlossener Stoffkreislauf vor.

Im Rahmen einer externen Vergleichsstudie im Jahr 2009 wurden bereits Alternativen zum bestehenden Verwertungssystem geprüft. Dabei ergab die Beurteilung in allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, dass keine eindeutigen Vorteile für ein alternatives Verwertungsregime vorliegen. Das gut funktionierende System wurde deshalb weitergeführt.

2. Handlungsbedarf

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass an dem bisher gut funktionierenden System bis auf Weiteres festgehalten werden soll. Zudem steht der Gemeinderat dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der geforderten Machbarkeitsstudie kritisch gegenüber.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird abgelehnt.

Köniz, 23. Oktober 2024

Der Gemeinderat

Diskussion

Erstunterzeichner, Lukas Erni, Grüne: Ich halte heute für meine Verhältnisse ein etwas längeres Votum, dieses ist dafür auch gleich das Fraktionsvotum. Ich hoffe, es bleibt interessant.

Die Entsorgung- und Verwertung von Grünut, insbesondere von Rüstabfällen, ist weit mehr, als ein "Nice to have". Doch genau diesen Eindruck könnte man haben, wenn man die Antwort des Gemeinderates liest.

Besonders irritierend ist der Verweis auf die Vergleichsstudie aus dem Jahr 2009. Um zu verdeutlichen, wie alt diese ist, habe ich hier Zeitzeugen mitgebracht: Dies ist das Nokia 1100.

Das war damals das meistgenutzte Handy. Seither hat sich nicht nur die Technologie hier drin verändert, sondern auch die Realität in Köniz massiv. Im Jahr 2009 hatte Köniz noch etwa 39'000 Einwohner, heute im Juni 2024, sind es bereits 44'000, ein deutlicher Zuwachs. Also auch bei den Rüstabfällen. Ebenso zeigt sich der technologische Fortschritt. Die Studie geht von Stromherstellungskosten bei der Vergärung von CHF 0.70/kWh aus. Das war damals die teuerste Form für Energieerzeugung, das war nämlich der Solarstrom, und dieser liegt heute bei gerade mal CHF 0.07.

Es geht aber nicht nur um energetische und ökonomische Verwertung, sondern auch um eine nachhaltige Ressourcennutzung, mit einem sozialen Mehrwert. Die Verwertung von Grüngut ist ein Service Public, genau so, wie es auch die Sammlung von Dosen, Altpapier, Kleider oder von Altglas ist. Patrick Geisselhardt, Geschäftsführer von Swiss Recycle, hat letzten Donnerstag an einem Vortrag treffend formuliert: "Abfälle sind Ressourcen am falschen Ort". Unsere Aufgabe ist es darum, diese Ressourcen an den richtigen Ort zu bringen.

Während diverse umliegende Gemeinden ihr Grüngut inklusive Rüstabfälle nach Köniz in die Bega zur Kompostierung bringen, halten wir an dieser veralteten Praxis von drei Feldrandkompostierungen fest. Die Bega hat mir ausserdem bestätigt, dass es grundsätzlich auch möglich wäre, dass Köniz ihr Grüngut dort kompostieren lassen würde und dann hätten wir nämlich auch das Problem der Rüstabfälle gelöst. Stattdessen werden diese, wie hoch offiziell im Abfallmerkblatt vermerkt, mit den Siedlungsabfällen verbrannt. Das dünkt mich doch angesichts des Potentials ziemlich verschwenderisch.

Da der Gemeinderat in seiner Antwort auch auf die IG Kompost verweist, habe ich mich mit dieser getroffen. Die IG Kompost leistet sehr wertvolle und gemeinnützige Arbeit, aber die Belastung für die IG Kompost ist doch, aus meiner Sicht, ziemlich grenzwertig hoch. Für den Ersatzstandort Morillon beispielsweise - diesen hat man wegen dem Umbau/Neubau des Schulhauses geschlossen - müssen sie vierstelligen Summen für die Planungsarbeiten aufwenden und das Baugesuch einreichen. Sie müssen also für den Ersatzstandort ein Baugesuch einreichen. Dafür braucht es Erdbebensicherheitsabklärungen - für den Ersatzkompostplatz - und es braucht eine Änderung des Pachtvertrages mit dem Bauern, welcher dort tätig ist. Zwar beteiligt sich die Gemeinde an den Kosten, aber das ist doch schon eine Zumutung für Freiwillige.

Ein positives Beispiel, mit einer kleinen Ausnahme, liefert die Stadt Bern: Dort werden nämlich Quartierkompostplätze trotz bestehender Grünabfuhr mit Rüst- und sogar Speiseabfällen, weiterhin finanziell und organisatorisch unterstützt. Dieser "sowohl-als-auch-Ansatz", zentrale Grünabfuhr und dezentrale Kompostlösungen, stärkt nicht nur die Nachhaltigkeit, sondern eben auch die Gemeinschaft. Dieses Modell könnte man auch in Köniz erfolgreich umsetzen, zumindest für die wachsende Anzahl an Menschen, welche nicht mehr über einen eigenen Garten verfügen. Die Ausnahme aus dem Grund, weil Bern ihr Grüngut an den Murtensee bringt. Aber wer weiss, wenn Köniz mithilft, dann würde es vielleicht Synergien für eine lokale Verwertung geben.

Das Postulat stellt eigentlich relativ einfache Fragen zu einem verhältnismässig einfachen Problem. Das ist keine "Rocket Science" und wenn es in der Gemeinde "low hanging fruits" gibt - also einfach zu lösende Probleme - dann wäre dies hier ein solches. Doch statt Lösungen zu präsentieren und das Anliegen ernst zu nehmen - es ist immerhin von 26 Parlamentsmitglieder unterzeichnet worden - liefert der Gemeinderat eine sehr enttäuschende, sehr oberflächliche Antwort und will das Postulat bereits wieder ablehnen.

Dazu kommt, dass die Verordnung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen, VVEA - das ist nämlich die Abfallverordnung des Bundes - klar vorschreibt, dass biogene Abfälle rein stofflich oder durch vergären verwertet werden müssen, sofern dies möglich ist. Das ist aus unserer Sicht hier klar der Fall. Die Praxis einer reinen Feldrandkompostierung genügt dabei nicht. Ich bitte den Gemeinderat, sich doch mal den Art. 14 des entsprechenden Reglements anzuschauen.

Angesichts dieser dermassen oberflächlichen und enttäuschenden Antwort, werden wir von den Grünen/Jungen Grünen-Fraktion das Postulat nicht abschreiben und wollen es für erheblich erklären. Wir hoffen, dass ihr dies auch so seht und wir danken euch für eure Unterstützung.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Isabelle Steiner, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung des Postulats. Die vom Gemeinderat beantragte Ablehnung können wir nicht unterstützen. Dies einerseits aus formellen Gründen: Der ursprüngliche Vorstoss hat sieben Fragen enthalten, in der Antwort wird keine davon explizit aufgegriffen. Die gesamte Antwort umfasst knapp eine A4 Seite, davon ist fast die Hälfte eine Grafik. In Anbetracht, dass mehr als die Hälfte der Parlamentsmitglieder den Vorstoss unterzeichnet hat, ist dies schon etwas irritierend.

Andererseits sind wir auch inhaltlich mit der Antwort nicht einverstanden. Vor allem teilen wir die Ansicht des Gemeinderats nicht, dass Köniz im Bereich der Entsorgung von organischem Abfall aktuell über ein gut funktionierendes System verfügt. Das System ist aktuell so aufgebaut, dass jährlich tausende Tonnen organisches Material mit Lastwagen in die Kehrichtverbrennungsanlage gebracht werden und dort unter Ausstoss von CO₂ zusammen mit dem ganzen Restmüll verbrannt werden. Das ist nicht das, was wir unter einem modernen Abfallkreislauf verstehen.

Wieder wird in der Antwort auf eine Auslegeordnung verwiesen, welche vor 15 Jahren gemacht worden ist – ich habe keine Zeitzeugen mitgebracht, doch ich habe ebenfalls festgestellt, dass sich seither einiges weiter entwickelt hat, eben insbesondere auch Technologien und auch die Klimafragen haben gesellschaftlich und politisch eine deutlich höhere Priorität erlangt. In der Zwischenzeit hat beispielsweise die Stadt Bern entschieden, ihre Erdgasinfrastruktur stillzulegen und mittelfristig auf Biogas umzusteigen. 2009 war noch bevor eine Reihe von Gemeinden um uns herum bewiesen haben, dass eine sinnvolle Sammlung von Rüstabfällen möglich ist und mit welchen man sich zusammenschliessen könnte. Das war auch bevor fast alle Quartierkompoststellen in der Gemeinde geschlossen wurden – obwohl sie von Nutzerinnen und Nutzern zum Teil regelrecht überrannt worden sind. Auch diese Quartierkompoststellen werden vom Gemeinderat erwähnt. Diese bewältigen allerdings – da müssen wir ehrlich sein – nur einen Bruchteil der 4'500 Tonnen an organischem Abfall, die jährlich anfallen. Trotzdem erfüllen diese Kompoststellen eine zentrale Funktion, wenn es um die ökologische Sensibilisierung der Bevölkerung, um die Wissensvermittlung und den Zusammenhalt im Quartier geht. Unabhängig von allen anderen Anstrengungen fordern wir die Gemeinde deshalb auf, sich aktiv für diese traditionsreichen Quartierinitiativen einzusetzen und den Rückzug von diesen Angeboten zügig zu stoppen.

Das vorliegende Postulat ist aus unserer Sicht nicht als direkte Forderung zu verstehen, dass Köniz eine eigene Vergärungsanlage baut. Hier mag es Argumente dafür und Argumente dagegen geben. Das Postulat ist ein Auftrag an den Gemeinderat, aktuelle Grundlagen bereitzustellen und mögliche Wege aufzuzeigen, damit wir die Möglichkeiten kennen, wie die organischen Abfälle der Könizerinnen und Könizer verwertet werden können und was die Konsequenzen der einzelnen Optionen sind. Das alles mit dem Ziel, eine faktenbasierte Debatte führen und sinnvolle politische Entscheide treffen zu können, wie wir in unserer Gemeinde mit organischem Abfall umgehen wollen. Wir werden das Postulat deshalb erheblich erklären.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Roland Akeret, GLP: Ich kann es vorweg nehmen, auch die EVP-GLP-Mitte-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates nicht folgen und das vorliegende Postulat nicht ablehnen bzw. nicht abschreiben.

Es wurde bereits gesagt: Die erwähnte Studie, auch wir bezweifeln, ob diese überhaupt noch aktuell ist. Trotzdem haben wir sie gelesen und beim Durchlesen der Zusammenfassung dieser Vergleichsstudie ist uns aufgefallen, dass unter der Marginalie "Ist-Zustand" unter anderem auch die Prüfung von Investitionen in andere Anlagen für die Gewinnung erneuerbarer Energien empfohlen wird – also bereits im Jahr 2009. Ist diese Prüfung erfolgt? Und wenn ja, was war das Ergebnis und zu welchem Resultat käme man heute?

Dann wird in dieser Studie explizit eine Variante mit der Grüngutverwertung bei der KEWU AG in Krauchthal als sinnvoll beurteilt. Welches Ergebnis würde eine solche Überprüfung wohl heute ergeben? Gerade unter Berücksichtigung der Fragen aus dem vorliegenden Postulat? Und ein kurzer Blick auf die Webseite der KEWU AG zeigt, dass sie nebst pflanzlichen Pflanzenabfällen, eben auch Küchenabfälle und Speisereste aus dem Haushalt zum Vergären annimmt.

Und jetzt, bevor ich zum Schluss komme, noch folgende Frage an den Gemeinderat: Im Bund vom 08. April 2024 war in diesem Zusammenhang mit der nicht zonenkonformen Grüngutverwertung im Gummersloch zu lesen gewesen, dass gemäss Auskunft des Gemeinderates Pestalozzi ein Ingenieurbüro mit der Erarbeitung einer Überbauungsordnung beauftragt wurde und ein erster Entwurf bis Ende 2024 zu erwarten sei. Jetzt die Frage: Ist dieser Entwurf vorliegend und wann können wir über dieses Geschäft im Parlament beraten?

Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried: Gerade vorweg, die SVP-Fraktion lehnt dieses Postulat einstimmig ab. Wir danken der zuständigen Direktion für die Beantwortung dieses Postulats.

In der Antwort wurde beschrieben, dass Grünschnitt und Gartenabfälle durch die gemeindeeigene Grüngutabfuhr gewährleistet wird. Für Rüstabfälle hat es in verschiedensten Quartieren in der Gemeinde einen Kompostierplatz, organisiert durch die IG Kompost.

Dass in den letzten Jahren so viele Kompostierplätze geschlossen werden mussten, ist sicher auch auf die unsachgemässe Entsorgung zurückzuführen. Die Leute sind bei der Abfalltrennung einfach nicht konsequent und entsorgen jeglichen Abfall, was zur Folge hat, dass viele Plastikteile in diesen Komposthaufen auftauchen.

Ich nehme nicht an, dass eine gemeindeeigene Vergärungsanlage rentieren würde. Vor allem weil ja auch dort konsequent entsorgt werden müsste, damit diese dann auch richtig funktioniert. Zudem rentieren die bestehenden Biogas-Anlagen nur so lange, wie sie eine Einspeisevergütung erhalten.

Ich sehe eher Verbesserungspotential beim "Food Waste". Dass tagtäglich tonnenweise Lebensmittel entsorgt werden, entsetzt mich immer wieder. Die Bevölkerung müsste weiter sensibilisiert werden, dass man Essensreste auch noch einige Tage später essen kann und dass nur so viel Lebensmittel eingekauft werden, wie man sie dann auch braucht. Bewusst und regional einkaufen, die Lebensmittel gut lagern und die Haltbarkeitsdaten richtig deuten, wären gute Ansätze, für weniger Speisereste im Abfallkübel.

Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ich kann es sehr kurz machen. Es sind einzig die Fragen von Roland Akeret, welche ich hier kurz beantworten kann.

Soviel ich weiss, hat man aufgrund dieser Studie eine Vergärungsanlage in Gasel geprüft, noch mit Gülle, doch dieses Projekt hat sich zerschlagen. Und die Vergärung unseres Grünguts bei der KEWU AG, da bestand keine Kapazität.

Im Gummersloch ist dieses Ingenieurbüro am Arbeiten. Wann genau die ersten Resultate vorliegen, kann ich dir nicht sagen, die Federführung für diese Überbauungsordnung liegt bei der PLAK.

Und zu allen anderen Voten: Ja, es ist so korrekt, die Antwort des Gemeinderates könnt ihr in den Unterlagen lesen.

Erstunterzeichner, Lukas Erni, Grüne: Die grosse Ehre des letzten Wortes. Ich habe nur noch ein kleines Detail: Ich bin voll einverstanden mit euch von der SVP-Fraktion, "Food Waste" ist ein grosses Problem, es ist nun mal nicht Teil des Postulats, aber wir wären sicherlich auch dort mit dabei. Wir bieten also Hand.

Und das Thema des Postulats ist überhaupt nicht, dass die Gemeinde eine eigene Vergärungsanlage planen soll, sondern es geht nur darum, dies zu prüfen. Es geht darum, das Potential abzuklären. Es geht auch nicht darum, dass man keine Feldrandkompostierung mehr macht, sondern es geht eigentlich nur darum, eine Auslegeordnung mit den umliegenden Gemeinden zu machen. Diese haben ja dasselbe Problem, diese sind ja in der gleichen Region und es sind ja auch ähnliche Menschen, welche dort leben und diese haben entsprechend auch ähnlichen Abfall oder eben Ressourcen. Und das ist der Sinn dieses Postulats: Dass der Gemeinderat dies prüft und anschaut. Und so, wie er es jetzt gemacht hat, hat er dies eigentlich gar nicht richtig angeschaut.

Beschluss über Antrag des Gemeinderats

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen für ablehnen / 25 Stimmen für erheblich erklären / 0 Enthaltungen)

PAR 2024/113

V2406 Postulat (Parlamentsmitglieder Ortsteil Schliern) "Umgestaltung Zentrumsplatz Schliern"

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird aufgefordert, Bericht zum geplanten resp. weiteren Vorgehen in Sachen Umgestaltung / Sanierung Zentrumsplatzes in Schliern vorzulegen.

Die Dorfmitte soll eine neue Identität erhalten. Der Platz soll in geeigneter Weise saniert, ausnivelliert (geeignet) und für die Bevölkerung für diverse Nutzungszwecke gestaltet werden.

Begründung

Im Zusammenhang mit der Sanierung des alten Schulhauses in Schliern, haben die Parlamentsmitglieder im Jahr 2018 die Motion V1618 «Zentrumsplanung Schliern – ganzheitlich» eingereicht. Der Antwort des Gemeinderates auf Antrag für Abschreibung der Motion war zu entnehmen, dass bereits im Jahr 2015 Abklärungen für die Zentrumsgestaltung erfolgten und eine Machbarkeitsstudie mit Kostenschätzung aus dem Jahr 2018 vorlag.

Das Parlament lehnte den ersten Abschreibungsantrag der Motion am 25.05.2021 ab. Dies, da das Projekt «sistiert» war. Die Erfüllungsfrist wurde auf den 31.12.2021 festgelegt.

Das Architekturbüro «metron» wurde von der Gemeinde Köniz im Jahr 2015 beauftragt, eine Studie zu erstellen. Das Ergebnis: «Dorfzentrum Schliern Konzept Umgestaltung» vom 30. Januar 2015. Das Konzept blieb dann wohl lange liegen und wurde dem damaligen Parlamentsmitglied Markus Baumgartner aus Schliern auf Anfrage zugestellt. Eine Begehung des Zentrumsplatzes durch die damalige Schlierner-Parlament-Vertretung erfolgte im Juni 2021. Danach tat sich aber nichts mehr.

Es ist nicht klar, was und in welchem Umfang damals geplant wurde. Liegen Informationen der Planungsabteilung vor. Kann die Schlierner Bevölkerung (Ortsverein) bei der Planung Ideen einbringen?

Die Abschreibung der früheren «M-1618» Motion (ParlamentarierInnen Schliern) "Zentrumsplanung Schliern - ganzheitlich!", erfolgte auf Antrag des Gemeinderates an der Parlamentssitzung vom 14. März 2022. Der Gemeinderat begründete dies dadurch, dass eine Priorisierung der Investitionen unumgänglich sei und auf dieses Projekt verzichtet werden kann. Dies auch, weil für die Verwaltung noch kein formeller Auftrag zur Realisierung der Platzgestaltung vorlag. Bei den Voten der Fraktionen wurde u.a. darauf hingewiesen, dass wir zu gegebenem Zeitpunkt wieder einen Vorstoss einreichen werden.

Die Parlamentsmitglieder aus dem Ortsteil Schliern sehen den Zeitpunkt definitiv gekommen den Gemeinderat aufzufordern, den Zentrumsplatz Schliern in die Planung aufzunehmen und diesen so bald als möglich in geeigneter Weise zu sanieren und der Bevölkerung einen brauchbaren Platz für diverse Nutzungszwecke zur Verfügung zu stellen. Die Fläche muss eben sein, damit die Unfallgefahr für ältere Menschen gebannt werden kann. Kinder nutzen den Platz zum Spielen und zum Radfahren; allenfalls eignet sich ein Fallschutzbelaag aus natürlichen Materialien. Es soll zudem möglich sein, auch ein Festzelt für die verschiedenen Anlässe für die Bevölkerung zu stellen. Ausserdem sollte die Musikgesellschaft bei einem Aussenauftritt die Notenständer auf dem Platz aufstellen können, was derzeit aufgrund der Unebenheiten nur schwer möglich ist. Aktuell wird der Platz teils wegen der Unebenheit bei Regen geflutet. Daher ist es angebracht, dass die Wasserableitung / Entwässerung optimiert wird.

Eingereicht

17. Juni 2024

Unterschrieben von 29 Parlamentsmitgliedern

Brigitte Rohrbach, Fabienne Marti, Heidi Eberhard, Roland Hofer, Laura Hoffmann, Selin Lopez, Ursina Lehner, Mayra Faccio, Franziska Adam, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, Bülent Celik, Sandra Röthlisberger, Rahel Gall, Urs Mumenthaler, David Müller, Dominik Fischli, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Lukas Erni, Katja Streiff, Reto Zbinden, Casimir von Arx, Arlette Mürger, Toni Eder, Christine Müller, Andrea Winzenried, Ronald Sonderegger, Jürg Mosimann

Antwort des Gemeinderates

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat "V2406 (Parlamentsmitglieder Ortsteil Schliern) "Umgestaltung Zentrumsplatz Schliern" entgegenzunehmen und einen Bericht im Sinne einer Auslegeordnung zu erstellen. Er möchte darauf hinweisen, dass im IAFP aktuell keine Gelder eingestellt sind.

Eine Kostenschätzung des damaligen Vorprojektes aus dem Jahr 2018 liegt in Höhe von ca. CHF 1 Million vor, dieses Projekt hat in diesem Umfang im IAFP keinen Platz.

Zusätzlich zur Auslegeordnung sollen im Bericht Optionen zur Umgestaltung des Zentrumsplatz Schliern aufgeführt werden, inkl. deren finanziellen und personellen Auswirkungen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird erheblich erklärt.

Köniz, 30.10.2024

Der Gemeinderat

Diskussion

Erstunterzeichnerin, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Die Parlamentsmitglieder des Ortsteils Schliern bedanken sich beim Gemeinderat für die Auseinandersetzung mit unserem Postulat. Es freut uns, dass der Gemeinderat zum Schluss gekommen ist, das Postulat entgegenzunehmen und einen Bericht im Sinne einer Auslegeordnung zu erstellen. Aufgrund der sehr knappen Antwort des Gemeinderats erschliesst sich uns leider im Moment noch nicht, wie solche Lösungen aussehen könnten. Uns ist bewusst, dass im aktuellen IAFP keine Mittel für ein solches Projekt eingestellt worden sind. Wir möchten hier aber noch einmal erwähnen, dass wir uns in keiner Art und Weise eine Lösung in Millionenhöhe vorstellen oder wünschen. Zumal es uns nicht klar ist, was und in welchem Umfang damals geplant wurde.

Ich wiederhole an dieser Stelle gerne noch einmal unsere Wünsche: Wir möchten einen Zentrumsplatz für alle Schliernerinnen und Schlierner. Da Schliern immer mehr zu einem Schlafortsteil kommt, ist es für uns wichtig, ein Zentrum mit hoher Aufenthaltsqualität für alle zu schaffen. Der Platz ist heute sehr uneben und bietet insbesondere für ältere Menschen Stolperfallen und Hindernisse für rollende Gehhilfen. Bei Regenwetter ist es fast unmöglich den Platz mit trockenen Füßen zu queren. Der Platz wird zudem sehr gerne von Kindern bespielt. Das auch dank dem Effort der Vereine in Schliern, die jährlich eine Spieleisenbahn auf dem Zentrumsplatz aufstellen. Es ist jedoch auch für die Kinder schwierig auf diesem Platz, zum Beispiel Fahrrad zu fahren, da überall einzelne Pflastersteine aufstehen. Auch für diese Bevölkerungsgruppe ist der Platz gefährlich für Sturzunfälle. Neben der einen Schaukel, welche es im Moment dort noch hat, wäre es zudem wünschenswert, wenn es einige dauerhafte Spielinstrumente für Kinder gäbe. Weiter wird der Zentrumsplatz für verschiedene Veranstaltungen der Schlierner Vereine benutzt. Heute ist es aufgrund der Beschaffenheit fast unmöglich ein Festzelt mit Festbänken und Tischen wackelfrei aufzustellen. Für Platzkonzerte der Musikgesellschaft Schliern können die Notenständer nur mehr schlecht als recht aufgestellt werden.

Die Schlierner Vereine betreiben einen grossen Effort, um das Zentrum in Schliern am Leben zu erhalten. Dafür wird jedoch auch die nötige Infrastruktur benötigt. Aktuell laufen im Raum Zentrumsplatz verschiedene Sanierungsprojekte. Im Zuge dieser Bauarbeiten wäre es durchaus möglich auch den Platz zu sanieren und ihn benutzerfreundlich zu gestalten. Unter Sanierung verstehen wir die Ebnung der Pflastersteine, eine bessere Entwässerung und einige zusätzliche Elemente zur benutzerfreundlichen Gestaltung. Kein Millionenprojekt.

Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat unser Postulat erheblich erklären will und würden uns freuen, wenn das Parlament seinem Antrag folgt.

Ich kann hier noch die Meinung der SP/JUSO-Fraktion abgeben. Die SP/JUSO-Fraktion wird den Antrag des Gemeinderates einstimmig unterstützen.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich stelle fest, dass Thomas Brönnimann an der Parlamentssitzung eingetroffen ist.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard: Vorab auch von Seiten Zweitunterzeichnende vielen Dank, dass der Gemeinderat das Anliegen der Schlierner entgegennimmt. Ich persönlich kann die Ausführungen der Erstunterzeichnenden und Ortspräsidentin von Schliern, Brigitte Rohrbach, vollumfänglich unterstützen. Wir alle sind auf den vom Gemeinderat vorgesehene Bericht, im Sinne einer Auslegeordnung sowie die Option zur Umgestaltung dieses Zentrumsplatzes in Schliern, gespannt. Das Vorprojekt aus dem Jahr 2018 enthielt so viele Anpassungen, welche wir in Schliern gar nicht benötigten und wir wollten es auch nicht. Uns allen ist die finanzielle Lage der Gemeinde Köniz bekannt. Im IAFP sind aktuell keine Gelder eingestellt, aber auch hier gilt: Hoffen auf eine Änderung ist trotzdem erlaubt.

Wie im Postulat V 2406 aufgeführt und im Votum von Brigitte Rohrbach erwähnt: Die Schlierner verstehen unter Sanierung vor allem die Einebnung der gepflasterten Fläche und eine bessere Entwässerung. Schlicht und einfach: Eine benutzerfreundliche Gestaltung des Platzes.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen teilt einerseits meine Haltung zum eingereichten Postulat, also die Erheblicherklärung. Andererseits sehen einige nicht bezifferbare Kosten auf die Gemeinde zukommen. Die Fraktion hat daher Stimmfreigabe beschlossen.

Jetzt habe ich auch noch etwas, es ist das letzte Votum der FDP heute: Liebe Arlette, ich darf dir im Namen der Fraktion FDP. Die Liberalen herzlich für deine Arbeit als Parlamentspräsidentin in diesem Jahr danken. "Zäme für Köniz" war dein Motto. Du hast dies ausgezeichnet gemacht, danke vielmals für dein Engagement, deine aufgebrachte Energie inklusive Geduld, welche es manchmal braucht, sei es bei allenfalls längeren Redezeiten oder bei Abstimmungen, welche hie und da wiederholt werden mussten. Du hast dies in deinem Präsidialjahr super gemacht. Die offizielle Verabschiedung ist im Januar 2025, wir werden dir dann an dieser Parlamentssitzung ein Präsent überreichen. Wir wünschen dir zuerst einmal einen schönen 15. Dezember, dir und deinen liebsten eine lichtervolle und besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Wechsel in ein wunderbares Jahr 2025 ohne die Belastung als Präsidentin.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Fabienne Marti-Locher, GLP: Unsere Fraktion sieht dieses Geschäft in einem grösseren Kontext: Schliern hat mit mehr als 4'500 Einwohnenden die Grösse einer mittleren bis grösseren Berner Gemeinde. Die Internetseite von Köniz beschreibt das Zentrum von Schliern wie folgt: Mit verschiedenen Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungen und es wird auf die gute Infrastruktur verwiesen.

Fakt ist: Das Zentrum von Schliern ist eher am Sterben. Die Postfiliale wurde geschlossen, notabene bereits bevor die Post unter dem Titel "Post investiert in die Zukunft" 170 Filialen geschlossen hat. Auch die Bäckerei des Dorfbeckes wurde geschlossen und die Metzgerei Hort. Man könnte sagen, dass die Schlierner ja im Köniz Zentrum einkaufen können, diese haben da ja die Dienstleistung. Aber wir wollen ja gerade das Einkaufen mit dem Auto nicht fördern und es gibt auch ältere Leute, welche nicht mobil sind. Wir haben gehört, dass das Vereinsleben auch wichtig ist, um ein Zentrum zu schaffen und wir haben zuvor in der Wirtschaftsstrategie über attraktive und durchmischte Ortsteile gesprochen, Stichwort "15 Minuten-Gemeinde".

Die grosse Frage ist für uns: Wie sieht die Planung der Gemeinde für den Ortsteil Schliern aus? Diese Frage betrifft die Entwicklung, die Schulen, aber eben auch die Ortsplanung mit dem Zentrumsplatz Schliern. Bereits vor mehr als zehn Jahren, im Jahr 2013 wurde festgestellt, dass dieser Platz nicht mehr der Zeit entspricht. Wir haben es ja jetzt bei den Vorrednerinnen gehört, wie es ihm geht, ihr könnt es euch plastisch vorstellen.

2017 wollte man ein Projekt starten, im Jahr 2021 wurde das Projekt dann mit dem Argument der Arbeitsüberlastung aufgrund der Corona-Krise sistiert und jetzt haben wir das Jahr 2024. Die Antwort des Gemeinderates ist vor diesem Hintergrund und vielen offenen Fragen arg knapp ausgefallen. Sollten wir hier nicht Informationen erhalten, warum in den letzten Jahren nichts mehr passiert ist und welche Probleme aufgetreten sind? Warum verweist der Gemeinderat kurz und knapp darauf, dass keine Finanzen im Finanzplan eingestellt sind? Denn der Finanzplan ist ja, anders als das Budget, das Planungsinstrument des Gemeinderates.

Kurz, die EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist einstimmig für die Erheblicherklärung des Postulats und hofft dabei auch auf eine Klärung der Fragen zur Areal- und Ortsentwicklung in Schliern.

Gemeinderat, Thomas Brönnimann, GLP: Danke für diese Diskussion. Es ist in der Tat schon lange ein Geschäft. Der Gemeinderat prüft schon lange, es ist inzwischen niemand mehr im Parlament, welcher sich noch zurückerinnern kann, dass hier einmal ein Antrag diskutiert wurde, bei welchem man das alte Schulhaus abbrechen wollte – doch, Heidi Eberhard nickt, sie kann sich erinnern.

Man hat damals aus dem Parlament Widerstand geleistet und gesagt, nein, das ist ein identitätsstiftendes Gebäude. Immerhin, ich glaube, dieses konnten wir gar nicht so schlecht sanieren. Es ist vielleicht ein erster Mosaikstein für Schliern.

Ihr wisst auch, dass die Gemeinde das Hort-Areal käuflich erworben hat. Für mich ist dort der Schlüssel zur Attraktivierung des Zentrums in der Zukunft, damit es dort vielleicht wieder ein kleines Laden-Zentrum gibt und vielleicht ist dann dort in Zukunft auch der Zentrumsplatz. Aber ihr seht, es gibt noch viele offene Fragen. Es gibt noch Arbeit für meinen Nachfolger - ich hoffe, dass dieser euch vor Ablauf von zwei Jahren einen guten Bericht bringen wird und ihr euch danach entscheiden könnt, was das Beste für Schliern ist.

Der Gemeinderat versucht, in allen Ortsteilen – ob das jetzt Schliern ist oder Niederscherli, wo wir das Bären-Areal erworben haben – die Ortszentren zu aktivieren. Das ist eigentlich beinahe alles, was wir machen können: Wir können mit gewissen Schlüsselgrundstücken versuchen, Orts-zentren lebendig zu halten und zu entwickeln. Aber es ist nicht ganz einfach. Darum beantragt euch der Gemeinderat in diesem Sinne die Annahme als Postulat.

Beschluss über Antrag des Gemeinderats

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: Einstimmig)

PAR 2024/114

V2004 Motion (SP) «Ein System um Leben zu retten – AED in Köniz»

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Das Parlament hat die Motion V2004 «Ein System um Leben zu retten – AED in Köniz» an seiner Sitzung vom 16. November 2020 erheblich erklärt. Der Gemeinderat wurde beauftragt:

1. Der Gemeinderat stellt sicher, dass alle bereits vorhandenen und neu beschafften AED in öffentlichen Gebäuden möglichst während 24 Stunden einfach und öffentlich zugänglich sind.
2. Der Gemeinderat setzt sich bei Unternehmen und privaten Institutionen, die AED zur Verfügung stellen, dafür ein, dass diese rund um die Uhr öffentlich zugänglich gemacht werden.
3. Der Gemeinderat erstellt neue AED Standorte, wo kein AED innert nützlicher Frist rund um die Uhr öffentlich zugänglich ist.
4. Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass alle während 24 Stunden öffentlich zugänglichen AED in der Gemeinde Köniz auf dem AED Geoportal des Kantons Bern¹ und der AED Karte von firstresponder.be² ersichtlich sind.

In seiner Antwort unterstützte der Gemeinderat das Anliegen der Motionär:innen. Er verpflichtete sich, dass alle AED, für welche die Gemeinde zuständig ist, öffentlich zugänglich gemacht und in der App «1st Responder Kanton Bern» und auf Geoportal-Karte erfasst werden (s. Kapitel 2, AED-Standorte in Köniz).

Da es nicht sinnvoll ist (auch aus Kostengründen), Geräte vor Ablauf ihrer Lebensdauer zu ersetzen, beantragte der Gemeinderat dem Parlament die Erfüllungsfrist um zwei Jahre zu erstrecken. Das Parlament hat der Erstreckung der Erfüllungsfrist am 16. November 2020 zugestimmt.

Für weitergehende Informationen – beispielsweise zum System der Firstresponder und zu technischen Informationen – verweisen wir auf die Antwort des Gemeinderats zur Motion ([Parlamentssitzung vom 16. November 2024](#)).

1. 21 neue, öffentlich zugängliche AED

Auf dem Geoportal des Kantons Bern³ findet sich eine Karte mit den Standorten der AED. Sie unterscheidet zwischen den AED, die während 24 Stunden öffentlich zugänglich sind, und denjenigen, die zeitweise verfügbar sind (beispielsweise während der Öffnungszeiten eines Geschäfts). Die 24/7-Verfügbarkeit eines Defibrillators ist entscheidend und kann effektiv Leben retten: Mit jeder Minute, die eine Patientin, ein Patient unversorgt bleibt, sinken die Chance auf eine erfolgreiche Wiederbelebung um 10 Prozent. Im Sinne einer optimalen Versorgung ist es anzustreben, dass möglichst viele Defibrillatoren immer verfügbar und in der für die Firstresponder wichtigen APP⁴ erfasst sind.

In Köniz wird es ab 2025 auf dem ganzen Gemeindegebiet Defibrillatoren geben, die jederzeit zur Verfügung stehen und nicht nur eingeschränkt. Die Gemeinde ersetzt alle AED in den öffentlichen Gebäuden der Gemeinde, die am Ende ihrer Lebensdauer sind, durch einen AED, der 24 Stunden öffentlich zugänglich ist. Spätestens im Februar 2025 werden alle neuen Geräte in Betrieb sein und auf den massgebenden Karten eingetragen und ersichtlich sein (Geoportal und Firstresponder-App). Insgesamt werden 21 zusätzliche AED für den lebensrettenden Einsatz zur Verfügung stehen (24/7). Damit wird nicht zuletzt die aktuell prekäre Situation in Oberwangen, Mengestorf, Niederscherli und Mittelhäusern entschärft und eine Verbesserung im Sinne der Motion erreicht (s. Abbildung 2). Diese deutliche Verbesserung ist insbesondere dank der dezentralen Schulstandorten möglich. Bis anhin verfügte die Gemeinde über 30 AED-Geräte in öffentlichen Gebäuden, sie waren aber mehrheitlich im Innern platziert und nicht immer zugänglich.

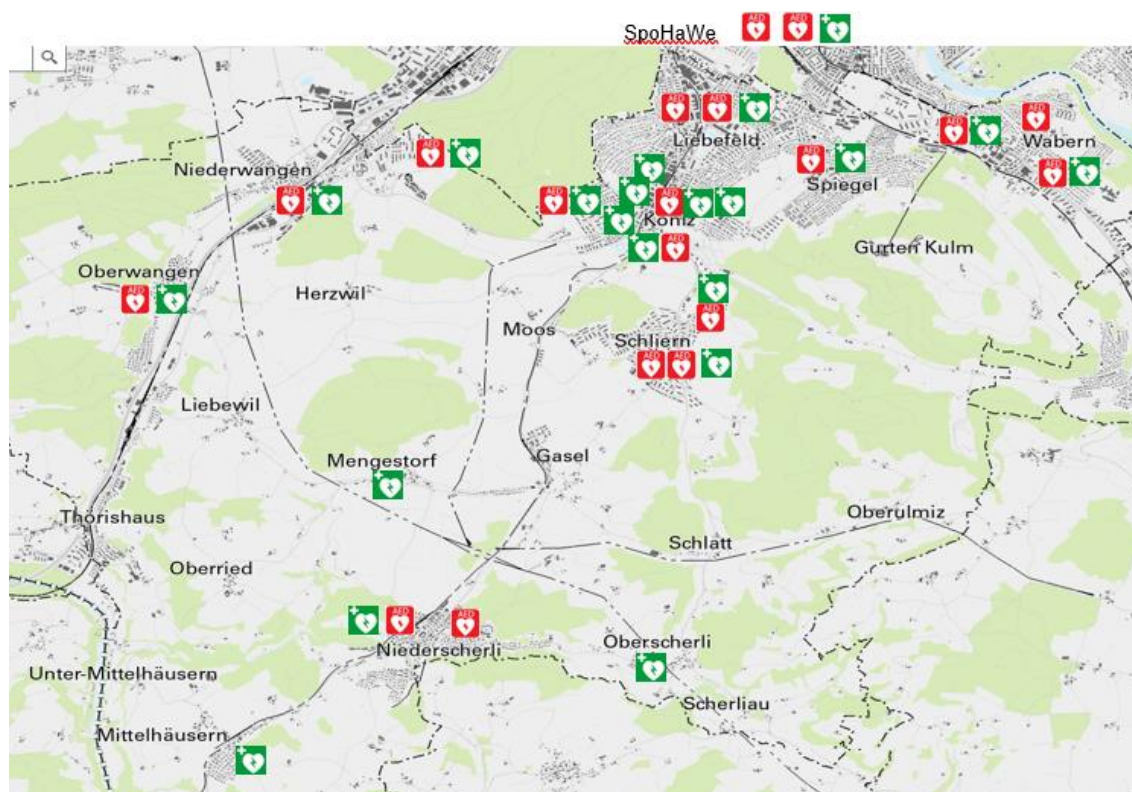


Abbildung 1: AED-Standorte Gemeinde Köniz 2025 24/7 verfügbar zeitweise zugänglich

2. Weitere Massnahmen

Die Motion forderte nebst neuen öffentlich zugänglichen AED auch, dass sich der Gemeinderat bei Unternehmen und privaten Institutionen dafür einsetzt, dass sie ihre AED öffentlich zugänglich machen. Auch soll er sich dafür einsetzen, dass alle während 24 Stunden zugänglichen AED in der Gemeinde Köniz auf dem Geoportal des Kantons Bern und der AED-Karte von firstresponder.be ersichtlich sind.

³ Standorte der automatisierten externen Defibrillatoren: [Geoportal Kanton Bern](#)

⁴ Verein Firstresponder: [AED Karte](#)

Zur Information und Sensibilisierung der Unternehmen und der breiten Öffentlichkeit sind die folgenden Massnahmen geplant (Umsetzung 1. Quartal 2025).

- Brief an alle Unternehmen/Institutionen, die über einen AED verfügen, der aber nicht öffentlich zugänglich ist. Hinweis auf die Wichtigkeit der 24/7-Verfügbarkeit mit der Bitte, den AED zugänglich zu machen;
- Brief an alle Gesundheitsinstitutionen in Köniz zu den neuen, rund um die Uhr verfügbaren AED auf dem Gemeindegebiet (Arztpraxen, Spitex, Samaritervereine, Langzeitpflege u. a.);
- Information über die Kommunikationskanäle der Gemeinde (Medienmitteilung/News, Website, Innerorts, Social Media).

3. Finanzen

Der Gemeinderat hat den für den Ersatz der Geräte notwendigen Kredit in Höhe von 130'000 CHF bewilligt. Darin enthalten ist auch der kostenlose Austausch aller Geräte, die das Ende der Lebensdauer noch nicht erreicht haben. Damit sind nun in der ganzen Gemeinde Geräte desselben Typs mit der gleichen Lebensdauer im Einsatz.⁵

Bei den Kosten in Höhe von 130'000 CHF handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde; sie sind nicht im Budget eingestellt.

4. Fazit

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Motion in den wesentlichen Punkten umgesetzt bzw. die Umsetzung in Arbeit ist. Er beantragt, die Motion abzuschreiben.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 30. Oktober 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) [PARB vom 16. November 2020: V2004 Motion \(SP\) «Ein System um Leben zu retten – AED in Köniz»](#)

Diskussion

Anstelle der Erstunterzeichnerin Lydia Feller, Franziska Adam, SP Frauen: Ich habe dieses Geschäft von Lydia Feller geerbt und möchte dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Umsetzung des Vorstosses danken. Die SP/JUSO-Fraktion und ich werden die Motion einstimmig abschreiben. In der Antwort zeigt der Gemeinderat gut auf, wie er die Motion umsetzen will. Ab 2025 wird es auch in den ländlichen Ortsteilen Defibrillatoren geben, die 24 Stunden zur Verfügung stehen. Denn dies war bis jetzt noch nicht der Fall, wie ihr auch auf der Karte sehen konntet.

⁵ Köniz wird Geräte des Typs Lifepack 2 beschaffen. Die Defibrillatoren sind in Thun seit 2017 in Betrieb und haben sich für den öffentlichen Bereich bewährt (fortschrittliche Technologie, einfache Handhabung und schnelle Einsatzbereitschaft). Die Beschaffung läuft über die in der Schweiz ansässige Firma ResQshock.

Es nützt natürlich nichts, wenn die AED-Geräte eingeschlossen sind, darum ist es wichtig, dass diese öffentlich zugänglich sind. Ganz wichtig ist unserer Ansicht nach auch, dass diese Geräte auf dem AED Geoportal des Kantons Bern und der AED Karte von firstresponder.be ersichtlich sind.

Ein zweiter wesentlicher Punkt ist die Bewirtschaftung dieser Geräte und auch die Informationen an die Bevölkerung. Dies kann, wie in der Antwort erwähnt, über verschiedene Gemeinde-Kommunikationskanäle erfolgen.

Jeder und jede von uns hat solche Defibrillatoren bestimmt schon gesehen und ich hoffe, die meisten haben im Rahmen von Nothilfekursen schon mit ihnen geübt. Denn das zur Verfügung stellen ist das eine, das korrekte Handhaben etwas anderes. Und hier ist jede einzelne Person selber verantwortlich und das kann Leben retten.

Die Gemeinde Köniz hat hier einen ersten wichtigen Schritt in Richtung Leben retten getan und diese CHF 130'000 sind unserer Meinung nach gut investiert. In diesem Sinne noch einmal herzlichen Dank.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Matthias Müller, EVP: Die breite Verfügbarkeit dieser AED-Geräte und das rund um die Uhr, ist wichtig, da sind wir uns sicherlich einig. Wichtig für die Bewohner und die Gäste, welche sich in der Gemeinde Köniz aufhalten.

Ja, wir mussten weit zurückblättern. Dass die siebte Unterzeichnende der Motion, Franziska Adam, jetzt das Votum gehalten hat, ist Zeugnis, dass dies eine alte Motion ist.

Vier Punkte wurden gefordert. Sind sie per heute erfüllt?

- Zum ersten Punkt: Ja, all diese AED-Geräte, welche aufgeführt sind, sind rund um die Uhr zugänglich. Das ist super, das unterstützen wir und das ist wirklich ein grosser Fortschritt.
- Punkt zwei ist aber nicht umgesetzt und ist noch nicht einmal angefangen worden. Erst im nächsten Jahr wird mit der Erhebung und der Kontaktnahme bei Unternehmen und Privaten Institutionen begonnen. Das finden wir bedauerlich.
- Punkt drei ist wohl erfüllt. Allerdings ist die Entwicklung und der Stand heute im Text und in den Abbildungen nicht ganz so eindeutig. Wo ist denn eigentlich die erwähnte Abbildung 2 im Parlamentsantrag? Vermutlich auf der zweitletzten Seite, doch dies hat sich uns nicht ganz erschlossen.
- Und Punkt vier, das haben wir bereits gehört: Ja, diese 26 gemeindeeigenen AED-Geräte sind rundum frei zugänglich und gut, dass sie auf dem Geoportal und auf dieser Firstresponder-App auffindbar sind.

Kurze Frage: Ist es Zufall oder verantwortbar, dass in den Wilern mit notabene den Namen Herzwil und Liebewil kein Standort vorhanden ist?

Wir sind zufrieden und es ist wichtig, das einiges gegangen ist. Aber noch ist nicht alles umgesetzt. An unserer Fraktionssitzung haben wir die Nicht-Abschreibung beschlossen, doch da die Motionäre abschreiben wollen und auch noch einige Informationen dazu gekommen sind, sind die Mitglieder der Fraktion frei, vom gefassten Beschluss auch abzuweichen. Wir erwarten aber in jedem Fall vom Gemeinderat eine Information, was aus diesen Abklärungen bei den Unternehmen und privaten Institutionen, welche ja erst gemacht werden, resultiert.

Auch von unserer Fraktion war es das letzte Votum heute Abend. Da ich gerade hier vorne stehe, liebe Arlette, will auch ich mich noch bei dir bedanken. Persönlich, aber auch im Namen der ganzen EVP-GLP-Mitte-Fraktion. Vielen Dank. Merci für deinen grossen Einsatz und deine sehr gute Organisation des Ratsbetriebes. Du hast uns Parlamentarier und die jeweils anwesenden Gemeinderäte umsichtig, klar und erfolgreich in der Diskussion und in den Abstimmungen angeleitet. Ich persönlich habe Hochachtung vor dir und dem, was du geleistet hast. Ich hoffe, du und dein Wissen und deine Erfahrung bleiben unserem Parlament im weitesten Sinn noch lange erhalten.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: ich möchte zuerst darauf hinweisen und das habe ich auch der GPK bereits gesagt, dass dies eine Zusammenarbeit der DPF und der DBS war. Viele dieser Arbeiten, bei welchen es wirklich um die Umsetzung ging, wurden in der DBS gemacht und an dieser Stelle auch danke der DBS. Denn es hat natürlich auch in grosser Zahl unsere Schulen betroffen, als es wirklich darum ging, mit möglichst wenig Aufwand, diese AED-Geräte rund um die Uhr zugänglich zu machen. Und das ist auch gleich der Grund, warum wir es nicht geschafft haben, ganz überall ein solches Gerät zu haben, weil wir als Gemeinde vor allem auf unsere eigene Infrastrukturen Zugriff haben und dort schon mal das Möglichste gemacht haben.

Es ist so, es braucht noch einen zweiten Schritt. Es könnte sein, dass Unternehmen auch noch die Möglichkeit haben, ihre AED-Geräte 24 Stunden zugänglich zu machen und das will man jetzt mit diesem zweiten Schritt noch erreichen, dafür hat die Zeit noch nicht gereicht, aber das wird noch umgesetzt werden. Und ich finde dies noch ein wertvoller Hinweis, dass man diese Abklärungen durchaus der GPK noch abgeben kann.

Auf jeden Fall, wird jedes neue Gerät, welches wir 24 Stunden zugänglich machen, wieder auf diesem Geoportal aufgeschaltet, denn dort muss ja die Information sein, wenn man sie sucht. Diese Informationen sollten möglichst schnell zugänglich sein und das geschieht am besten, wenn es über diesen Kanal läuft, wo alle instinktiv suchen gehen. Denn vielleicht sind es tatsächlich Gäste oder Leute, welche sonst überhaupt nichts mit Köniz zu tun haben und dann ist es natürlich wertvoll, wenn man auf bestehende Kommunikationsinstrumente zurückgreifen kann, welche man bereits kennt. Und da werden wir uns sicher darum bemühen, dass diese à jour bleiben.

Dann danke ich für die Aufnahme und dass die Motionärin mit der Abschreibung einverstanden ist. Ich hoffe, dass ihr alle mal auf diese App geht und euch die Standorte anschaut und dies auch weiter erzählt. Wir werden auf jeden Fall auch noch mit geeigneten Kommunikationsmassnahmen versuchen, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, damit es dann auch etwas bringt.

Beschluss über Antrag des Gemeinderats

Die Motion wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: Grossmehrheitlich für Abschreiben)

PAR 2024/115

Verschiedenes

Es wurden keine neuen Vorstösse eingereicht.

Diskussion

Gemeinderat, Thomas Brönnimann, GLP: Ich schulde Florian Moser noch eine Antwort. Er hat gefragt, ob in Niederscherli beim Bären die Küche mit dabei ist. Dies ist nicht der Fall. Das ist nicht im Kredit enthalten, welcher der Gemeinderat verabschiedet hat. Ich gebe ausserdem noch zu bedenken, dass der Gemeinderat nur gebundene Ausgaben verabschiedet hat und dieser Kredit für die Küche wäre natürlich neu. Ich erlaube mir als Vertreter aus der oberen Gemeinde noch eine persönliche Bemerkung: Es wäre sicher sinnvoll für die Vereine, wenn man dort auch noch eine Küche einplanen würde, doch schauen wir mal, ob dies bei den Investitionen noch Platz hat.

Damit wäre ich bei meinem letzten Votum. Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit mit euch. Es hat meistens "gefügt". Es war manchmal kontrovers, vor allem in den Kommissionen - das ist gut so, das ist euer Job, ihr müsst uns auf die Finger schauen. Ich wünsche euch weiterhin weise Entscheide und kürzere Sitzungen, als ihr sie in der Regel habt. Heute schaffen wir es vermutlich bis 22.00 Uhr und ich hoffe, ihr kommt noch zum Apéro. Es ist einiges da, ihr konntet ja bereits in der Pause etwas davon naschen. Die Gäste auf der Tribüne sind natürlich auch dazu eingeladen.

Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ganz kurz: Ich habe zuvor in meinem Votum gesagt, ewb sei eine Aktiengesellschaft. Das ist falsch. Es ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt und somit zu 100% im Besitz der Stadt Bern. Ich bitte darum, dies im Protokoll gleich richtig zu schreiben.

Sandra Röthlisberger, GLP: Lieber Thomas, du hast dir zum Abschied ein paar Worte gewünscht. Ich mache das sehr gerne im Namen der GLP und unserer EVP-GLP-Mitte-Fraktion.

Du trittst ab - nach 11 Jahren als Könizer Gemeinderat. Du hast in dieser Zeit viel bewegt. Ich werde jetzt nicht deinen Leistungsausweis runterbeten. Keine Lobhudeleien, hast du gesagt.

Aber so viel sei erlaubt: Als Bildungspolitiker hast du dich in der Direktion Bildung und Soziales für das Wohl der Kinder und Eltern eingesetzt. Stichworte Kinderbetreuung, Tagesschule, Ganztageschule, Vereinbarkeit. Dann bist du als Vorsteher Sicherheit und Liegenschaften der Bildung treu geblieben. Ich zitiere dich selber: "Schulhäuser, Schulhäuser und Schulhäuser". Und natürlich das Schloss - ein Herzensthema. Die Stimmbevölkerung hat jetzt gutgeheissen, für was du dich schon Jahre zuvor beherzt eingesetzt hast.

Das ist sinnbildlich: In der Immobiliensprache gesprochen, hast du in deiner Amtszeit langfristige Vermögenswerte geschaffen. Das heisst, die Früchte erntet die nächste Politikergeneration. So ist das. Auch bei deinem letzten Coup, dem Liegenschaftsverkauf an der Schwarzenburgstrasse. Vielleicht heisst der Brühlplatz ja dann in 30 Jahren mal Brönniplatz?

Thomas, Du bist ein Animal Politik. Welches Tier beschreibt dich am besten?

- Das Schaf ist es nicht.
- Ein Grünfink vielleicht? Nein - grün zwar und vogelfrei - aber zu unauffällig.
- Ich tippe auf ein Wildpferd. Einen Warmblüter. Dies bezieht sich auf die Eigenschaften, welche Pferde mitbringen. Ich zitiere "KI": "Sie sind lebhaft, temperamentvoll und haben eine gewisse Wärme im Charakter.

Ein warmblütiges Animal Politik, also. Ob dort der Widerspruch liegt? Du gehst jetzt, das Amt bleibt. Du weisst, dass das Amt grösser ist, als die Menschen, die es bekleiden.

Deine Fraktion zieht den Hut und sagt danke für alles. Für deine Streitlust – oder auch mal keine, für grosses Engagement und Wissen und für sehr, sehr, sehr viel Klartext.

Wir wünschen dir von Herzen gute Gesundheit - "heb Sorg" - und einen guten Übergang in einen neuen Abschnitt - zurück in die Bildung.

Wir werden im neuen Jahr im Fraktionsrahmen zusammen gebührend und ausgelassen feiern. Das Geschenk sparen wir uns noch auf - du weisst, wir sind die Sparfraktion. Ich freue mich auf das Fest für dich, lieber Thomas.

Heidi Eberhard, FDP: Lieber Thomas, ich spreche hier für die GPK. Ich kann nicht so schön reimen und dichten, wie du dies zuvor gemacht hast. Darum, in der Kürze liegt die Würze. Vielen Dank für deine Arbeit und deine Erläuterungen, welche wir in der GPK gehört haben. Sympathisch und wortgewandt hast du alle deine Sachen durchgebracht. Wir sind deswegen manchmal in Zeitknappheit geraten, aber es war trotzdem lustig und gut, vielen Dank.

Dir und deiner Familie, also vor allem dir - ich hoffe, du hast dich von all diesen Sachen, welche du erleben musstest, erholt – wünschen wir alles Gute in deiner privaten und beruflichen Zukunft. Bleib wie du bist.

Isabelle Steiner, SP Frauen: Liebe Arlette, wir versuchen uns hier mit einem Co-Votum, um dein Engagement und dein Präsidialjahr zum Abschluss auch noch zu würdigen. Und zwar ist dies ein Amt, vor welchem du zu Beginn sicherlich auch grossen Respekt hattest, vor dieser Aufgabe, auch zu Recht, denn es ist eine grosse Aufgabe. Du hast dir diese Rolle aber sehr schnell angeeignet. Du hast diese Rolle gelebt und hast dir den Respekt von uns allen verschafft, indem du strukturiert, effizient und klar durch die Sitzungen geleitet hast. Trotz hitziger Debatten, hast du es immer geschafft, uns auf der Linie zu halten und durch diese Sitzungen zu bringen.

13 Sitzungen waren es in diesem Jahr - es war ein intensives Jahr, wir hatten intensive Geschäfte. Vielen Dank im Namen der SP/JUSO-Fraktion für dieses Engagement.

Was uns besonders in Erinnerung geblieben ist, war deine Sorge um das Parlamentsbüro und du hast auch dem Personal im Parlamentsbüro sehr Sorge getragen. Das war dir wichtig und das war dir ein grosses Anliegen, das hat man gespürt.

Géraldine Boesch, SP Frauen: Nicht wenig überraschend lautete dein Motto "Zusammen für Köniz". Auftakt war die wunderbare Präsidialfeier im OZK mit einem sehr berührenden Tanzstück zu Patent Ochsner. Du hast auch dort schon sehr deine persönliche Note eingebracht und es war ein sehr herzliches Fest, welches in Erinnerung bleiben wird. Du warst auch die Initiantin des "Znüni-Events", damit sich die Leute eben auch kulinarisch betätigen oder Kulinarik einkaufen, um uns zu verköstigen. Denn wir Politikerinnen und Politiker sind ja nicht nur Geist, sondern auch Körper, wir brauchen manchmal auch etwas Energie und das fördert natürlich auch den Austausch und sorgt für ein gutes Klima im Parlament.

Du hast auch Geburtstags-Göttis und Geburtstags-Gotten eingeführt. Ein Geschenkkorb stand bereit und man hat zugewiesen erhalten, wen man bei einem Geburtstag beschenken darf. Auch das war eine Massnahme, um uns etwas näher zusammen zu bringen.

Nicht nur das: Du hast auch einen grossen Anlass für uns alle organisiert, nämlich diese Schnitzeljagd. Diese Schnitzeljagd durch Köniz, welche das Teamwork etwas forciert hat. Das ist vielleicht auch ein bisschen nötig und es ist uns allen in sehr guter Erinnerung geblieben, dass man mit solchen gemeinsamen Aktivitäten eben auch den Teamgeist fördern kann.

"Zusammen für Köniz", das geht Schritt für Schritt. Du hast einen ganz wichtigen Schritt in diese Richtung gemeinsam mit uns gemacht. Wir sind sehr froh, bleibst du uns als Fraktionsmitglied erhalten.

Wir schätzen deine aufrichtige Art sehr. Du getraust dich immer, deine Meinung zu sagen und bist eben auch sehr bestimmt im Auftreten. Wir haben uns natürlich auch überlegt, was denn jetzt ein passendes Geschenk für Arlette wäre? Wenn man uns anschaut, dann sind wir manchmal ein bisschen wie ein Sack voller Flöhe oder auch ein bisschen wie ein Flohzirkus - eigentlich wäre es praktisch, eine ganz kleine Peitsche zu schenken. Das wäre zwar im Budget gelegen, war jedoch schwierig zu beschaffen. Darum gibt es etwas anderes.

Isabelle Steiner, SP Frauen: Genau. Wir haben einerseits das naheliegende, einen grossen Blumenstrauß, welchen ich dir nachher gerne noch überreiche. Und dann haben wir noch etwas Kleines dazu. Und zwar fanden wir, eine Kristallkugel hast du jetzt nicht mehr nötig, doch wir haben uns für eine kleine handgefertigte Glasmuschel aus der Glasi Hergiswil entschieden und möchten dir mit dieser Glasmuschel auch ein Stück Wärme mitgeben, welche du dir jetzt in den Hosensack nehmen kannst, um durch diese Nässe heimzugehen. Am besten nimmst du den ganzen Winter in deinen Jackensack, dann hast du immer etwas Strandfeeling dabei.

Parlamentspräsidentin, Arlette Münger: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, liebe Mitglieder des Gemeinderates, liebe Familie und Freunde, welche heute Abend hergekommen sind. Jetzt ist es soweit, es war sie, meine letzte von mir geführte, normale, offizielle Parlamentssitzung. Und ich möchte den Moment nutzen, um euch allen Danke zu sagen. Nicht nur für eure Unterstützung, sondern auch für die gemeinsame Zeit, die wertvollen Gespräche und alles, was wir gemeinsam erleben durften, dies oft auch weit über die Parteigrenze hinaus.

Dieses Jahr war für mich eine grosse Reise mit einigen Abenteuern. Als ich im Januar begonnen habe, konnte ich mir nicht ausmalen, welche Erfahrungen und Erlebnisse mich erwarten werden. Zusammen mit euch habe ich meinen Rucksack gefüllt, mit Momenten, welche lehrreich, bereichernd und oft auch sehr fordernd waren. Ich habe aber auch schöne Begegnungen und Gespräche erleben dürfen. Dafür bin ich extrem dankbar.

Besonders gefreut hat mich, wie lebendig und engagiert unser Parlament politisiert. Ihr seid offen, kreativ und motiviert und das hat mir als Präsidentin viel bedeutet. Und ja, die vielen Zünis, welche von euch in diesem Jahr mitgebracht wurden, haben nicht nur für volle Magen, sondern auch für ein gutes Zusammen gesorgt. Danke dafür.

Ein besonderer Dank geht an das Parlamentsbüro. Ihr seid in diesem Jahr wie eine starke Mauer hinter mir gestanden. Wir hatten manchmal lange und intensive Diskussionen, doch ihr habt nie vergessen, um was es im Parlamentsbüro wirklich geht. Nämlich für einen reibungslosen Ablauf des Parlamentsbetriebes zu sorgen und die Arbeit des Parlaments voranzubringen. Ich schätze eure Unterstützung und euer Vertrauen in mich sehr.

Und dann will ich auch noch dich erwähnen, liebe Chantal Fuchs. Im September hast du mit so viel Energie die Fachstelle Parlament übernommen und du leitest sie seither mit grosser Hingabe. Du bist in grosse Fussstapfen getreten, doch heute gehst du deinen eigenen Weg und das mit Bravour. Danke für deine Power und deinen unermüdlichen Einsatz für das Könizer Parlament.

Zum Schluss möchte ich, wie bereits an meiner Antrittsrede im Januar, einige ganz persönliche Worte an meine Familie und meine Freunde richten: Ich weiss, wie viel ihr in diesem Jahr für mich gemacht habt. Ihr habt mir den Rücken frei gehalten, wart immer für mich da und ich weiss, dass ich euch in dieser Zeit oft wenig zurückgegeben habe. Das wird sich jetzt ändern, das verspreche ich euch. Dass ihr immer an mich glaubt, mich auffängt und mir zeigt, was im Leben wirklich zählt, das ist der Wahnsinn. Jetzt beginnt ein neues Kapitel. Nicht nur für mich, sondern auch für das Parlament. Ich bin gespannt auf das, was vor uns liegt und ich wünsche uns allen weiterhin viel Kraft, viel Weitsicht und viel Freude an unserer Arbeit. Von Herzen danke euch allen.

Dann bleibt mir nur noch eines zu sagen: Die nächste Parlamentssitzung findet am Freitag, 10. Januar 2025, um 17.00 Uhr, statt und anschliessend ist die Präsidentenfeier. Und wie immer am Schluss meiner Sitzungen: Tragt euch Sorge beim Heimgehen und wie es Büne Huber sagen würde: "Löt nech nüt la gfaue!"

Im Namen des Parlaments

Arlette Münger
Parlamentspräsidentin

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament